



bohn-Betriebskrankenlassen mit den Dristrankenlassen ergibt folgendes Bild:

Im Jahre 1927 betrug die Krankenziffer in den Betriebskrankenlassen 501 und in den Dristrankenlassen 355. Ein ähnliches Bild ergibt sich hinsichtlich der Unfälle. Auf je 100 gegen Unfall versicherte Personen wurden an Unfällen gezählt:

In der Mitte-Deutschen Eisenindustrie-Berufsgenossenschaft	23
Bei der Maschinenbau- u. Kleinindustrie	10,8
Norddeutschen Eisen- und Stahl	12,9
In den Ausbesserungswerken des Reichsbahnwerkes direktionsbezirk Köln	14,2
In den Ausbesserungswerken des Reichsbahnwerkes direktionsbezirk Kassel	15,7

Wie steht es nun mit der angeblichen chronisch gewordenen Notlage der Reichsbahn? Es kann nicht abgelehnt werden, daß die Preise für Betriebsstoffe zu den Betriebseinnahmen in keinem besonders günstigen Verhältnis stehen. Es wäre wohl zu prüfen, ob dieses große, gut und pünktlich zahlende Unternehmen alles tut, um sich vor Ubertreibungen zu schützen.

In der Reparationsbelastung kann allerdings nicht achtlos vorübergegangen werden. Im ersten Normaljahr 1928/29 ist das erstmalig der volle Betrag von 660 Millionen an Reparationen, neben 290 Millionen an Verkehrssteuern zu entrichten. Dazu kommt die Verzinsung der Obligationen und Borszugsaktien. Das ergibt zusammen über eine Milliarde Mark pro Jahr. Reichlich soviel wie die deutschen Eisenbahnen in der Vorkriegszeit an Uberschuß einbrachten.

Die Durchführung des Dawes-Planes und des auf diesem beruhenden Reichsbahngesetzes stellt das Personal der Reichsbahn unter Ausnahmebestimmungen auf rechtlichem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete. Nicht nur für den Politiker, auch für den Gewerkschafter ergibt sich hier ein Problem, an dem nicht achtlos vorübergegangen werden kann.

Aber trotzdem war die Reichsbahn in der Lage, in den letzten beiden Geschäftsjahren eine Gesamtüberschussstellung von 662 Millionen Mark zu machen. Der Güterverkehr, der naturgemäß abhängig ist von der wirtschaftlichen Konjunktur, bewegt sich in aufsteigender Linie. Es ist oft genug festgestellt, daß die Reichsbahn Geld genug hat für andere Zwecke, die einen produktiven Charakter nicht tragen. In dem vorläufigen Voranschlag für 1928 ist z. B. ein Betrag von 65,2 Millionen Mark eingestellt, unter dem Konto „verschiedene Ausgaben“. Darin sind enthalten Leistungszulagen, allgemein Schmarokergulage genannt, Beiträge für Leno, Bahnschutz, Sportvereine usw. Die Öffentlichkeit hat ein Recht, zu erfahren, für welche sonstigen Zwecke diese Gelder verbraucht werden.

Die Reichsbahn ist sehr wohl in der Lage, den berechtigten Wünschen und Forderungen ihrer Arbeiter Rechnung zu tragen. Ihre starre, ablehnende Haltung ergibt sich aus recht durchsichtigen Gründen, die nicht nur auf dem Gebiet der Fracht- und Personentarie liegen. Schlechte Löhne im Reichsbahnbetrieb verhindern nicht nur den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Eisenbahner, sie drücken gleichzeitig auf das soziale Niveau aller Arbeiter. Die reaktionäre Einstellung des vom Schwermetall beherrschten Vermittlungsrates, der seine eigene Arbeit sehr hoch honoriert, ist ein Krebsgeschwür für das Land. Die mangelnde Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung wirkt hemmend auf die Deutsche Wirtschaft. Voran sollte auch der Schlichter denken, dem die Reichsbahn wohl die Verantwortung ausfährt, der aber nicht minder den 400000 Eisenbahnarbeitern und ihren Familien und darüber hinaus der deutschen Arbeiterschaft verantwortlich ist.

## Reudells letzter Gedanke.

### Deutschnationaler Futtertrippenturm nach der Auflösung.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, plant Herr von Reudell, unmittelbar nach der Auflösung des Reichstags drei Deutschnationale ins Reichsministerium zu bringen, einen als Ministerialdirektor, zwei als Ministerialräte. Um den Posten des Ministerialdirektors bemüht sich der sattsam bekannte deutschnationale Abgeordnete Marekly.

Ein feiner Plan, dieser Beamtenclub eine Minute vor zwölf!

## Eine feine Nummer!

### Herr Wilhelm Gauger, M. d. L., deutschnational — eine Zierde des Landbundes.

Herr Wilhelm Gauger aus Belgien, deutschnationaler Landtagsabgeordneter, zweiter Vorsitzender des Brandenburgischen Landbundes, rief gestern dem demokratischen Bjarre Graue, der den Landbundesheeren ins Gewissen redete, folgende Sätze zu:

„Sie lassen wir mal, Sie Aander! Mit Ihnen werden die Bauern überleben, Sie Lügenmaul!“

Herr Wilhelm Gauger sprach am vergangenen Sonntag auf einer Landbundversammlung in Belgien nach einem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“, es sei Entschlossenheit des Reichens, das den Sozialrat von 1 1/2 auf 4 1/2 Milliarden erhöht habe, die Landwirtschaft zu verelenden.

Der preussische Brutto-Etat, dessen Umsätze für soziale Zwecke selber viel zu niedrig sind, schließt insgesamt mit 2,2 Milliarden Ausgaben ab! Ein deutschnationaler Landtagsabgeordneter braucht das nicht zu wissen, er muß sich nur auf verlogene Landbundesheere verlassen.

Eine Zierde des Landbundes, dieser Gauger!

## Das Kriegsschädengesetz.

Im Entschädigungsabschluß des Reichstags wurde am Freitag die zweite Lesung des Kriegsschädengesetzes beendet. Der Entwurf besteht im wesentlichen den durch die erste Lesung im Ausschuss geschaffenen und nun uns bereits mitgeteilten Inhalt. Veränderungen sind nur in zwei Punkten vorgenommen worden. Einmal wurde die Grenze für die hundertprozentige Entschädigung von 4800 auf 5000 M. heraufgesetzt; außerdem wurde der Härtefonds um 7 Millionen auf 37 Millionen M. vergrößert.

# Lenkt Moskau ein?

## Eine sowjetrussische Erklärung.

Spät nachts verbreitet BTR folgende, offenbar russisch-offizielle Meldung aus Moskau:

Der Beschluß, die Verhandlung gegen die der Sabotage beschuldigten Personen beschleunigt zu führen, ist bereits vor dem Eintreffen des deutschen Memorandums erfolgt. Immerhin erhält sich in sowjetpolitischen Kreisen die Ansicht, daß die Freilassung der deutschen Ingenieure in einem gesonderten Verfahren kaum durchführbar ist, und daß selbst die Stellung einer Kautions die Verdunkelungsgefahr nicht ausschließt. Die Stimmung und die Lage erscheint kompliziert, doch sind zweifellos Versuche im Gange, den deutschen Wünschen gerecht zu werden, unter der Voraussetzung allerdings, daß dies ohne Preisgeberverlust möglich ist.

Außenminister Stresemann hat dem russischen Botschafter Krestinski die bekannten Regierungsbeschlüsse schriftlich über-

gehen. Die russische bürgerliche Berliner Zeitung „Ruf“ („Der Ruf“) meldet, Krestinski habe nach der Unterredung mit Stresemann in Moskau telegraphisch um die Erlaubnis nachgesucht, persönlich über den ungünstigen Eindruck der Verhandlungen zu berichten. Ein ausländischer Spezialist leben jetzt in Rußland 239, darunter 137 Ingenieure, 70 Techniker und 62 Facharbeiter.

## Angebliche „Sabotage“ in Sowjetrußland.

Moskau, 16. März.

Während die durch die Regierungsmittelungen über die Vorfälle im Donezbecken hervorgerufene Erregung sich noch nicht gelegt hat und täglich zu allerlei Rundgebungen und Resolutionen führt, wird jetzt auch aus Twer über „böswillige Schädigung“ in der großen Farbenfabrik Wschnevolost gemeldet. Nach Meldungen aus Twer sind dort Maschinen und fertige Waren zerstört worden. Ein Arbeiter namens Andrejew ist als „Schädiger des Volksgutes“ verhaftet worden und soll ein Geständnis abgelegt haben. Schon fordern Entschädigungen der Arbeiterhaft von Twer die allerhöchsten Maßnahmen.

# Für deutsch-französische Annäherung

## Vorlesung von Albert Thomas in der Hochschule für Politik.

Die „Deutsche Hochschule für Politik“ hat den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Genossen Albert Thomas, für eine Gastvorlesung an ihrem Carnegie-Vorleserstuhl gewonnen, die sich über zwei Abende erstreckt und die am Freitag begann. Genosse Thomas sprach über „Deutschland in den Augen eines französischen Freundes 1878—1928“. Er wies zu Beginn darauf hin, daß er nicht beabsichtige, eine präzise Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen in der französischen Perspektive zu geben, sondern daß er es für besser halte, selbstbiographisch die Entwicklung seiner Gefühlseinstellung gegenüber Deutschland zu geben.

Von deutschen Journalisten sei er selbst immer als typischer Franzose geschildert worden, obwohl er glaube, daß so wie er, Manding, langhändig und bebrüllt, einmal der so in außerdeutschen Ländern bekannte Typ des deutschen Professors ausgelesen haben müsse. Er sei ein guter Franzose und er hätte eigentlich durch den Letzter Gebort, Champilly-la-Boiselle, ein kleines Dorf bei Paris, wo 1870/71 die französischen Truppen von den Deutschen geschlagen wurden, durch seine Familienverhältnisse und seine Schularbeitung zum Chauvinisten werden müssen. Sein Vater war nämlich Feldherr von 1870/71 und rühmte gern die Heldentaten der französischen Armeen. Die Schulerziehung sei damals ganz besonders vom Geist der „Ranach“, der „Rache“ an Deutschland erfüllt gewesen. Trotzdem wirkten auf ihn die republikanischen und revolutionären Traditionen der französischen Republik im Geiste der Völkerverständigung.

Ueberhaupt könne nur aus republikanischen und demokratischen Traditionen der Völker die Völkerverständigung erwachsen. Besonders bedauerlich sei in diesem Sinne der Untergang solcher Traditionen in Deutschland seit 1848 gewesen.

Von besonderer Bedeutung für seine persönliche Entwicklung sei besonders die französische Dreyfus-Affäre gewesen, die nicht nur als Kampf zwischen republikanischer und konservativ-monarchistischer Tradition zu werten sei, sondern als Anstoß zur geistigen Klärung innerhalb großer Schichten, besonders der Intellektuellen Frankreichs. Dieselben Intellektuellen seien es gewesen, die seit 1920 nach dem Weltkrieg gegen den französischen Nationalismus, gegen den Deutschenhass mit Erfolg ankämpften.

In die Zeit nach der Dreyfus-Affäre falle auch seine Wandlung zum überzeugten Sozialdemokraten, durch den Einfluß von Lehrern und älteren Freunden. Als Sozialist habe er stets für die Annäherung von Frankreich und Deutschland gearbeitet. Die sozialistischen Parteien aller Länder sind die einzigen gewesen, die sich schon vor dem Kriege erwählt für eine wahre Völkerverständigung eingesetzt hätten. Ihre Pläne zur Sicherung des internationalen Friedens, die Schaffung des Völkerbundes, die Schaffung von Schiedsgerichten zur Beilegung von internationalen Streitigkeiten erlebten heute ihre Verwirklichung. Er und Jaurès hätten damals schon zu deutschen Arbeitern gesprochen und auf internationalen Kongressen einmütig mit den deutschen Genossen die Probleme der Kriegsvorbereitung zu lösen versucht.

Seit heute es, aufs neue engere und noch zahlreichere Beziehungen zu erneuern und neu zu schaffen, die eine Saat für den Frieden sein könnten.

Die Ereignisse bewiesen das Festhalten der Verständigung, und wenn die alte Saat des Friedens zugrunde gegangen sei, so müsse von neuem gesät werden in der Gewissheit auf die spätere reiche Ernte!

Genosse Thomas wird heute seine Vorlesung fortsetzen.

## Um die Reichsamnestie.

### Deutschnational-kommunistische Einheitsfront.

Der Rechtsausschuß des Reichstages legte gestern die Beratungen des Amnestiegesetzes fort. Reichsjustizminister Hergt erklärte, daß die Regierung eine abwartende Haltung einnehmen wolle.

Hg. Wunderlich (D. Sp.) und Hampel (Wirtsch.-P.) betonten ihre verfassungsrechtlichen Bedenken gegen eine Amnestie, die alle in Deutschland gefällten Gerichtsurteile umfasse. Abg. Hanemann (Dnkl.) führte aus, daß seine Fraktion bereit sei, durch alle bisher ergangenen Urteile einen Strich zu machen. Wenn die einzelnen Landesregierungen auch verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine solche Amnestie hätten, die auch die Urteile der Gerichte der Länder einschloße, so müsse doch angenommen werden, daß die Länder ihrerseits in der Beschließung von Amnestien folgen würden, wenn das Reich voranginge.

### Die Deutschnationalen beantragten daher:

Straflos wegen aller durch Gerichte des Reiches und der Länder festgestellten Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind und darüber hinaus Amnestie auch für alle Beamten des Reiches und der Länder, gegen die wegen aus politischen Beweggründen beruhenden Diensturteilen ein Disziplinarverfahren durchgeführt oder eingeleitet worden ist. Der deutschnationale Redner beantragte ferner die Weiterberatung in einem Unter Ausschuß.

Diesem Antrag schloß sich bezeichnenderweise Höllein (Komm.) an, der zum allgemeinen Erstaunen dann auch zugunsten des deutschnationalen Antrages den viel weitergehenden § 1 Abs. 1 des kommunistischen Amnestieantrages zurückzog! In demselben Atemzug griff Höllein die Landesregierungen an, die angeblich sozialdemokratische Regierungen seien und deshalb durch ihr Verhalten bewiesen, daß die Sozialdemokraten gegen eine Amnestie seien.

In interessanter Uebereinstimmung mit Höllein trat dann auch der deutschnationale Freitag-Doeringhosen, für einen Unter Ausschuß ein.

Genosse Dr. Rosenfeld wendete sich gegen den kommunistisch-deutschnationalen Antrag auf Ueberweisung der Sache an einen Unter Ausschuß, da eine solche Ueberweisung nur zu einer Verhinderung der Amnestieberatungen führen würde, die Sozialdemokraten aber für eine falsche Beschließung des Amnestiegesetzes seien. Unser Redner stellte ferner fest, daß es augenblicklich in Deutschland keine sozialdemokratische Landesregierung gibt, sondern nur Koalitionsregierungen, in denen die sozialdemokratische Partei nur eine von mehreren Koalitionsparteien bildet.

### Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion

sei für eine weitgehende Amnestie. Dies beweise sie auf der Stelle damit, daß sie keineswegs mit den Kommunisten darin einverstanden sei, daß der deutschnationale Antrag den weiteren Be-

ratungen zugrunde gelegt werde. Dieser Antrag gehe den Sozialdemokraten nicht weit genug, sie beantragten daher eine alle politischen Delikte umfassende Amnestie, von der nur diejenigen ausgenommen sein sollten, die lediglich aus eigennützigen Beweggründen gehandelt hätten.

Der Ausschuß lehnte darauf den deutschnational-kommunistischen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ab und beschloß ferner, den sozialdemokratischen Antrag als den weitestgehenden Amnestieantrag den weiteren Beratungen zugrunde zu legen.

Kunze äußerte die Deutschnationalen lebhaften Bedenken gegen den sozialdemokratischen Antrag. Auch Hg. Wunderlich (D. Sp.) führte aus, daß dieser Antrag zu weit gehe.

Genosse Landberg trat den Kritikern unseres Antrages entgegen, indem er auseinandersetzte, daß nur der sozialdemokratische Antrag die Garantie dafür biete, daß auch wirklich alle diejenigen der Amnestie teilhaftig würden, deren Freilassung notwendig sei. Unser Antrag beruhe auf der Erklärung der Reichsregierung aus dem November 1918, so allgemein wie damals müsse auch die jetzige Amnestie sein.

Wobann wurden die Beratungen auf heute vertagt.

## Die Offiziersmeuterei vor Malta.

### Matrosen unbeteiligt.

London, 16. März. (Eigenbericht.)

Die Beigerung von Offizieren des Flaggsschiffs der britischen Mittelmeerflotte „Royal Oak“, unter dem kommandierenden Admiral Collier in See zu gehen, hat ungeheures Aufsehen erregt. Während die ersten Meldungen auf eine große Meuterei hindeuten schienen, geht aus den letzten inoffiziellen Nachrichten hervor, daß Mannschaft in den Zwischenfall nicht verwickelt sind und es sich lediglich um ein persönliches Zerwürfnis zwischen drei Offizieren handelte. Es begann mit einer Beschwerde zweier jüngeren Offiziere gegen den Admiral und fand äußerlich mit dem Niederlegen der Admiralsflagge seinen Abschluß.

Ein offizielles Komunique von der Admiralsität besagt, daß in Malta ein Untersuchungsgericht eingesetzt sei und die drei Offiziere bis zum Abschluß des Verfahrens vom Dienst suspendiert sind. Ein hoher Marineoffizier hat zu einem Vertreter des sozialistischen „Daily Herald“ die Bemerkung gemacht, es sei in Marinekreisen seit langem ein offenes Geheimnis, daß die Verhältnisse auf dem Flaggsschiff unerträglich waren.

Wannab fährt nicht sofort nach Hause, hat im Gegenteil mit Industriebesuchen in England begonnen. Die Unruhmeldung scheint Tendenz zu haben, vielleicht um den Emirbesuch in Moskau zu verhindern.

## Eine Hehlüge.

### Deutschnationaler Schwund über Arbeitslosenversicherung

Die Wahlen stehen vor der Tür, und der Wahl-Schwund beginnt. In der deutschnationalen Presse macht die folgende, in die Form einer Meldung aus Ungersburg gekleidete Lügennotiz die Runde.

„Die unheilbaren Zustände, die sich durch die unverhältnismäßig hohe Arbeitslosenunterstützung gegenüber den ortsüblichen Löhnen herausgebildet haben, werden durch folgenden Vorfall, der sich hier in der Nähe abspielte, traurig beleuchtet. Ein Sägemühlbesitzer hatte wieder Arbeit erhalten und wollte einen früheren Arbeiter seines Wertes neu einstellen. Dieser kam zu ihm und bat ihn flehentlich, er möge ihn nicht einstellen, denn da er Vater von sechs Kindern sei, erhalte er wöchentlich an Arbeitslosenunterstützung 14 Mark mehr als wenn er arbeite. Wenn der Arbeitgeber von seiner Einstellung absehen müsse, sei er gern bereit, ihm von dem Mehrerwerb von 14 Mark, den er wöchentlich für die Arbeitslosenunterstützung habe, die Hälfte als Abfindung zu bezahlen.“

Der Zweck der Uebung ist, gegen die Sozialpolitik und gegen die Arbeiterschaft zu hetzen. Den Landwirten soll gezeigt werden: Seht, wie gut geht es den Arbeitern im Vergleich zu euch! Man muß diese Lügennotiz näher untersuchen. Nehmen wir an, der Arbeiter in der Sägemühle habe vor dem Eintritt seiner Arbeitslosigkeit einen Einheitslohn von 33 Mark wöchentlich gehabt, dann beträgt die Höchstunterstützung 21,45 Mark wöchentlich. Wenn also der Arbeiter an Arbeitslosenunterstützung 44 Mark wöchentlich mehr bezieht, als ihm der Unternehmer geboten hat, dann müßte ihm dieser menschenfreundliche Unternehmer einen Wochenlohn von sage und schreibe 7 Mark geboten haben. Nimmt man aber an, der Arbeiter habe zuvor 45 Mark in der Woche verdient, so beträgt die Höchstunterstützung 27 Mark, also müßte ihm der Unternehmer 13 Mark wöchentlich geboten haben. Für den, der rechnen kann, beweist diese Meldung aus Ungersburg, wenn er sie für wahr nimmt, nur die Unverschämtheit eines Unternehmers, der einem Arbeiter einen Wochenlohn zwischen 7 und 13 Mark geboten hat!

Aber es gibt weder diesen Unternehmer noch diesen Arbeiter, sondern nur eine dreiste arbeiterfeindliche Hehlüge der deutschnationalen Presse.

## Wortgeplänkel in Genf.

### Litwinow über die Sicherheitsvorarbeiten.

Genf, 16. März. (Eigenbericht.)

Die Abrüstung kann nicht behandelt werden, so lange der türkische Außenminister nicht eingetroffen ist. Das wurde nochmals in einer zweiten kurzen Sitzung der Vorbereitungenden Abrüstungskonferenz am Freitag nachmittag festgestellt. Man bemühte sich deshalb, ein Interesse an dem gedruckten vorliegenden 49 Seiten langen Bericht des Sicherheitskomitees zu erwecken. Aber nur dadurch, daß Litwinow die Gelegenheit benutzte, Abstand von den Thesen der Sicherheitskommission zu nehmen, kam es zu einem kleinen Wortwechsel. Litwinow betonte nochmals den russischen Standpunkt, daß die allgemeine Abrüstung allein den Weltfrieden sichern könne. Die Sicherheitskommission erziele mit ihrem Vertragsystem der Abrüstung ein künstliches Hindernis, indem sie die Sicherheit einiger Staaten auf Kosten der anderen vermehre.

Politik, der Berichterstatter der Sicherheitskommission, trat Litwinow in einer sehr schwachen Rede entgegen. Graf Bernstorff benutzte die Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß das Wort zum Bericht der Sicherheitskommission von dem großen Wert des Völkerbundvertrages für die Friedenssicherung spreche, daß weiter Politik selbst gesagt habe, Sicherheit und Abrüstung müßten Schritt für Schritt nebeneinander hergehen, und es in folgedessen höchste Zeit sei, auch einen Schritt in der Abrüstungsfrage zu tun. Nach den kurzen Ausführungen des französischen Vertreters, Graf Clauzel, sieht es aber nicht so aus, als ob die Hoffnung Bernstorffs in Erfüllung gehen soll. Der Franzose sprach nur von einer Vorbereitung der Begrenzung der Rüstungen und vermißte peinlichst das Wort „Herabsetzung“.

Der Vorsitzende, London, machte der unerquicklichen Diskussion schließlich durch den Vorschlag einer Resolution, die die Zurückbehaltung der Abrüstungskommission mit der Arbeit des Sicherheitskomitees ausdrückt, ein Ende. Ueber diese Resolution wird erst am Montag abgestimmt werden.

## Faschisten: „Wahlrecht“ angenommen.

### Nur Stalitti und seine Sekreuen stimmen dagegen.

Rom, 16. März.

In geheime Abstimmung hat heute die Kammer das Gesetz über die Reform der Volksvertretung mit einer unwesentlichen Änderung des bekannten Entwurfs mit 216 gegen 5 Stimmen angenommen. Eine Debatte fand nicht statt. Nur der ehemalige italienische Ministerpräsident Stalitti gab eine folgende Erklärung ab: Durch die Einbringung des Gesetzesentwurfs habe die Regierung anerkannt, daß ein großes Kulturland unter den verfassungsmäßigen Organen auch eine Volksvertretung besitzen müsse. Die vorgesehene Art der Zusammenfassung der Kammer schaffe aber keine wahre Volksvertretung. Die Mitglieder eines Parlaments, das die Vertretung eines Volkes darstellen solle, müßten in voller Freiheit direkt von den Wählern gemäß dem Wahlgesetz gewählt werden. Das neue Gesetz unterbinde aber jede Möglichkeit einer Wahl, da nur eine einzige Liste eingereicht werden könne. Dieses Gesetz, das die Wahl der Abgeordneten dem großen Faschistenrat überlasse, schließe jede Opposition politischen Charakters aus der Kammer aus. Aus diesem Grunde werde er, Stalitti, und einige seiner Kollegen nicht für den Gesetzesentwurf stimmen. Die Erklärung Stalittis wurde von den faschistischen Abgeordneten mit Genuß aufgenommen. Ein Abgeordneter wollte Stalitti antworten, Mussolini bedeutete ihm jedoch, zu schweigen.

Erpich hat dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Graf v. Westarp, mitgeteilt, daß er bei den nächsten Wahlen nicht wieder zu kandidieren gedenke. Sein Nachfolger im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben wird General v. Kettner-Borbed.

Delabessensetzung. In einem Dorf des Gouv. Smolensk leben zwei verarmte alte Leute, die sich durch die Hilfe eines Petersburger Wirtsauffstehlers im Dezember 1923 (Delabessens) hingetriget worden ist, so erhalten fortan Staatspension.

## Die Landbund-Armee.



„Die weiße Armee steht bei Göttingen“ drohte jüngst der hannoversche Landbundführer Cordes. Wie wir zuverlässig erfahren, handelt es sich um die bekannten sieben Schwaben!

## Ergebnis der Hitlerputsch-Untersuchung.

### Der Ausschuss versucht zu vertuschen. — Der sozialdemokratische Vertreter stellt die Wahrheit fest.

München, 16. März. (Eigenbericht.)

Der Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtages trat heute zu seiner letzten Sitzung zusammen, um über die Beweisanträge der Berichterstatter abzustimmen. Dr. Högner (Soz.) legte seine Anträge mit dem Bemerkten vor, daß er sich äußerste Beschränkung auferlegt habe. Unter allen Umständen müsse aber Beweis über die von Kahr verübte Verhinderung des Abtransportes des Reichshauptgoldes in Nürnberg erhoben werden. Ferner über die Verantwortlichkeit der bayerischen Regierung für die Verpfändung des bayerischen Teiles der Reichswehr, für die Förderung der Pläne zur Errichtung eines Direktoriums im Reich und für die Ausrüstung von drei Divisionen in Bayern und schließlich über die Verwendung von Mitteln des bayerischen Staates für den Grenzschutz in Nordbayern, für die Organisation und Ausrüstung der vaterländischen Verbände und für die Durchführung der „Herbstübungen 1923“.

Diese Anträge wurden restlos abgelehnt; worauf der der Bayerischen Volkspartei angehörende Berichterstatter Graf Besta-Losza dem Ausschuss seine Vorschläge zur Feststellung des Untersuchungsergebnisses unterbreitete. Diese Vorschläge sind durchaus negativer Art. Der Ausschuss soll auf Grund der eingehenden Untersuchung feststellen, daß das Generalstabskommissariat die Schaffung einer eigenen bayerischen Währung wohl erwogen habe, aber dann als dem Reichsgedanken obtrügig und unüberführbar erkannte. Die Ausrüstung von Truppen in Nordbayern habe nur den Zweck gehabt, Uebergriffen von Aufständen in Thüringen zu begegnen. Die Absicht eines Bruches mit dem Reich habe sich nicht nachweisen lassen, ebensowenig, daß von koperischen Behörden ein militärischer Marsch geplant gewesen war. Ueber die Beteiligung Kahrs, Lossows und Seizers an den hochverräterischen Plänen soll damit hinweggegangen werden, daß rechtskräftige gerichtliche Urteile und Feststellungen vorliegen, zu deren Nachprüfung ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss nicht befugt sei. Schließlich wird dem Ausschuss noch zugemutet, festzustellen, daß der ehemalige Kronprinz Rupprecht zu den hochverräterischen Unternehmungen in keinerlei Beziehungen gestanden habe.

### Die Schlussfolgerungen aus dem Beweismaterial.

Die von dem Berichterstatter Dr. Högner dem Ausschuss unterbreiteten Vorschläge bezogen folgendes: Die im Kapp-Putsch zusammengeschlossenen Verbände hätten um die Mitte September 1923, die Errichtung einer Hitler-Diktatur ins Auge gefaßt. Um dem beabsichtigten Putsch zuvorzukommen, schritt die bayerische Regierung zur Einsetzung des Generalstabskommissariats. Die Beteiligung Kahrs, Lossows und Seizers an den hochverräterischen Plänen, die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten zu fügen, führte zu dem langen und erbitterten Streit mit dem Reich, der seinen Höhepunkt in der Verpfändung der 7. Division auf Bayern fand.

Im Schatten dieses Konfliktes wurden in Bayern im Benehmen mit norddeutschen Kreisen die hochverräterischen Unternehmungen gegen die rechtmäßige Reichsregierung vorbereitet.

Hierzu gehören der von dem wegen Meinel und Hochverrats ver-

folgten Kapitänleutnant Ehrhardt im Einvernehmen mit Kahr und Seizer vorbereitete gewalttätige Vormarsch gegen Leipzig und Berlin, ferner Kahrs Absicht, an die Spitze eines auf legalen oder illegalen Wege zu errichtenden Reichsdirektoriums zu kommen. Gleichzeitig zielten die Pläne Hitlers und Ledendorfs auf Errichtung einer Nationaldiktatur in München und einen Vormarsch auf Berlin, die am 8. November veranlaßt werden sollten. Die bayerische Regierung hat die Pläne des Generalstabskommissariats gekannt und gefördert. Der sogenannte Grenzschutz an der nordbayerischen Grenze wurde aus Staatsmitteln bezahlt, ohne daß der Landtag Kenntnis hatte. Dadurch ist das verfassungsmäßige Staatsrecht des Landtags verletzt worden. Das Ansehen Bayerns ist durch den Hitler-Putsch aufs schwerste geschädigt worden. Die Ausbildung der Verbände bei der Reichswehr und die Duldung ihres Waffenbesitzes hat das Machtgefühl der Verbände gesteigert und sie ständig zu Verbrechen verleitet, dem Staat gesch. und verfassungswidrig ihren politischen Machtwillen aufzuzwingen. Reichswehr und Landespolizei sind nicht von der Desperatopolitik ferngehalten und deshalb der wohlwollen Agitation der Nationalsozialisten erlegen.

Der Generalstabskommissar ist gegen die ihm bekannten hochverräterischen Pläne des Kampfbundes nicht eingeschritten. Die Justizverwaltung hat in der Verfolgung strafbarer Handlung veragt.

Die Nichtvollziehung von Reichsgeboten und Hoffbefehlen der Reichsbehörden und die Verfolgung republikanischer Organisationen haben das Reichsgesetz verletzt. Die Justizorgane haben dem Staat in der Verfolgung der hochverräterischen Unternehmungen den gesetzlichen Schutz verweigert.

Der Ausschuss müßte deshalb die Verzögerung und Nichtdurchführung des Strafverfahrens gegen die Rädelsführer vom 1. Mai, ferner die vorzugsweise Behandlung der wegen Hochverrats Angeklagten, insbesondere des Generals Ludendorff im Strafverfahren, weiter die Einstellung des Verfahrens gegen Kahr, Lossow und Seizer wegen Hochverrats und schließlich die übermäßige und vielfach mit den gesetzlichen Vorschriften kaum mehr zu vereinbarende Jubiläum von Bewährungsstrafen für die Täter vom 8. und 9. November 1923 entschieden mißbilligen.

### Die Abstimmungen.

Sämtliche Anträge des sozialdemokratischen Berichterstatters Högner wurden nach kurzer Aussprache abgelehnt; bei der Abstimmung stellte sich im wesentlichen nur der Abgeordnete des Bauernbundes auf die Seite des Antragstellers.

Der Antrag des Berichterstatters, Graf Besta-Losza (Bauernb.), wurde daraufhin gegen die Stimme des Genossen Dr. Högner angenommen.

Nur bei dem letzten Punkt des Antrages, der die Beteiligung des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht an den hochverräterischen Vorgängen am 8. und 9. November in Abrede stellt, war das Abstimmungsverhältnis 4:3. Dies ist darauf zurückzuführen, daß auf deutschnationalen Antrag hin das Wort „ehemaliger“ vor Kronprinz gestrichen wurde.

Damit hat der Untersuchungsausschuss seine Arbeit erledigt.

## Überall dasselbe!

### Pariser Kommunisten bewirken die Wahl eines nationalsozialistischen Stadtverordnetenvorsitzers.

Am Mittwoch wählte der Pariser Gemeinderat seinen Vorsteher. Rechte und Linke kämpften um diesen Posten. Kandidat der Linken war der Sozialist Le Troquer, ein langjähriger Parteigenosse, der sich während des Ruhrkampfes spontan nach Mainz begaben hatte, um verhaftete deutsche Eisenbahner vor dem französischen Kriegsgericht zu verteidigen. Le Troquer hätte schon im ersten Wahlgang gewählt werden können, wenn nicht die zehn kommunistischen Stadtverordneten einen eigenen Kandidaten aufgestellt hätten. Sie hielten diese aussichtslose Kandidatur aber auch im zweiten und dritten Wahlgang aufrecht mit dem Erfolge, daß schließlich der Vertreter des nationalen Blocks die absolute Mehrheit erreichte.

Aus janatlichem Hof gegen alles Sozialistische verheßen die Kommunisten überall der Reaktion zu politischen Erfolgen. Ob in London oder in Paris, ob in Berlin oder in Wien, sie sind überall die gleichen: Agenten der Reaktion!

### Schluss der Kammertagung.

Paris, 16. März. (Eigenbericht.)

Die 1924 gewählte Kammer hielt am Freitag ihre letzte Sitzung ab. Sie hat die Hoffnungen, die man in Linkskreisen auf sie gesetzt hatte, nur zu einem ganz geringen Teile erfüllt. Ueberbleibendes Verdienst ist, daß sie der Politik des Friedens und der Völkerverständigung Bahn gebrochen hat. Dagegen

hat sie auf innerpolitischem Gebiet nahezu in allen Fällen veragt. Die Aktion der Kartellregierungen erwies sich infolge der Uneinigkeit der Radikalen als derart leidend, daß bald nach dem Wahlsieg der Linken der Weg für die Wiedervereinigung der Bürgerlichen unter der Flagge der „nationalen Einheit“ frei war. Der Zusammenbruch der Radikalen ist seitdem durch die Verteilung ihrer Parteigrundlagen weiter gediehen.

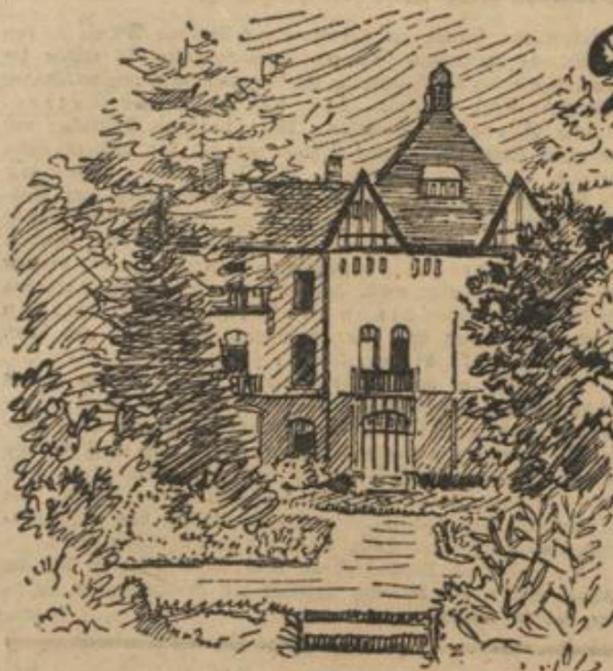
In der Schlusssitzung am Freitag ist eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen, die die Regierung in letzter Stunde eingebracht hatte, im Eilzugtempo ohne Debatte unverändert angenommen worden. Der letzte politische Kampf wurde um die Enthaltung der kommunistischen Abgeordneten geführt, die von den Sozialisten verlangt und von der Regierung durch eine ferre Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt wurde. Nach Stellung der Vertrauensfrage hat die Kammer mit 340 gegen 150 Stimmen beschlossen, eine Debatte über den sozialistischen Antrag nicht zuzulassen. Unter dem Eindruck der Rückführung der parlamentarischen Rechte, beginnt nunmehr die letzte Phase des Wahlkampfes.

In Bayern haben die in Frage kommenden Instanzen beschlossen, zusammen mit der Reichsregierung die im Laufe der nächsten Zeit fälligen Wahlen zum Bayerischen Landtag, ferner zu den Bezirkstagen und Kreistagen stattfinden zu lassen.

Der argentinische Unterstaatssekretär Restell ist zum Botschafter in Berlin ernannt.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen, die der Völkerbund zur Beilegung des Dauerkonflikts empfohlen hat, begannen am 30. März in Königsberg i. Pr.





# Das Tor der Hoffnung

Von Königsmusterhausen aus erreicht man in einstündiger Fahrt auf der Kleinbahn den bei Storkow i. d. Mark gelegenen idyllischen Villenort Hubertushöhe. Einige Minuten vom Bahnhof entfernt, durch einen schmalen Waldstreifen von der Bahnlinie getrennt, liegt — unmittelbar am Ufer des sich weithin erstreckenden Dolgen-sees — ein großes, stolzes Haus: „Das Tor der Hoffnung“. Am 17. Oktober 1926, anderthalb Jahre nach der Gründung der „Hedwig-Wangel-Hilfe“, hat es sich zum erstenmal weiblichen Straftentlassenen geöffnet, und seitdem ist in ihm manches dunkle Schicksal geläutert und viel Leid in Glück verwandelt worden.

### Wie in einem guten Pensionat.

Wer aber das alles nicht weiß, der wird es auch nicht erraten, nachdem er das Haus betreten hat. Es vermittelt mit feinen Anlässen und Einrichtungen den Eindruck eines guten, soliden Pensionats, in dem die Töchter bemittelter Eltern ihre vernachlässigte Schulbildung verbessern und praktische Kenntnisse in der Haushaltsführung erlernen sollen. Der Besucher wird von einem schmunzelnden, hübschen Mädchen (wer vermutet in ihr die Urheberin eines Verbrechens?) empfangen und eine Treppe höher zur Vorsteherin in das Bureau geführt, dem „Gehirn“ des Hauses, von dem der ganze Organismus seine Befehle erhält. In einer Hand ein Bildnis: Hedwig Wangel lacht in den vollen „Bor-trich“, der immer im Bureau herrscht. „Ban go! Wutti“ sagen die „Kinder“. Die Vorsteherin ist stets im Hause; zu ihr hat sich der Inspektor gestellt, denn die Instandhaltung des Hauses, seine Verpflegung mit Licht und Wasser und die Bewirtschaftung des vier Morgen großen Geländes erfordern eine männliche Kraft. Stolz führt die Vorsteherin durch das Reich, in dem das meiste ohne fremde Hilfe erzeugt wird. Zuerst geht es zur Elektrozentrale, in der ein 10-PS-Dieselmotor steht; eine Lir verbindet die Zentrale mit einer Werkstat, in der an Wochentagen der Hobel scharft und der Hammer pocht. Neben sind zwei funktionsgeladene Kodelschlitten vom „Stapel“ gelassen. . . . Dann geht es, vorbei an goldglänzenden und gerodetem Waldboden, aus dem ein kleiner Obst- und Gemüsegarten werden soll, zum Stall: zwei Schweine, ein Hammel, Hühner und Tauben werden hier herangeführt. In den Borratskammern hängen Würste, und Eingemachtes steht in den Gläsern auf den Regalen. Im Keller des Hauses liegen die

Beschläge mit der elektrischen Waschmaschine und die Plätt- und Rollkammer. Im Erdgeschoss öffnet sich die Tür zur Küche. Hier oder fünf Mädchen sind gerade mit der Bereitung der Mittagsmahlzeit beschäftigt: Spargelsuppe, Rinderbraten mit grünen Bohnen und Kartoffeln und als Nachtisch eingemachtes Obst. Eine ältere Köchin gibt die Anweisungen. Dann führt der Weg in eine Badestube, der eine Frisierstube angegeschlossen ist, durch das Fremdenzimmer, den großen Speisesaal, der eine herrliche Aussicht auf den See und die ihn umsäumenden Wälder gewährt, das Gesellschaftszimmer „Zur Gemütlichkeit“, die Schulküche und den sehr geräumigen Lehrsaal, in dem eine Fünfklassenschule aufgezogen ist. Auch an musikalischer und anderer Unterhaltung ist kein Mangel: im Speisesaal stehen ein Harmonium und ein Lautsprecher. Sauber und freundlich sind auch die Schlafräume, in denen vier und neun Betten stehen. Alle Zimmer sind in frohen, bunten Farben gehalten und mit Blumen und Bildern reich geschmückt. Das Haus kann vierzig Insassen beherbergen, gegenwärtig zählt es aber nur zwanzig. Frau Wangel wäre es schon aus wirtschaftlichen Gründen lieber, wenn das Haus „immer voll“ wäre. Aber, so unglücklich es klingt, das Haus hat nicht nur Freunde, sondern auch Feinde, durch die es gefährlichen Angriffen ausgesetzt ist. Die Angriffe gehen fast ausschließlich von konfessionellen Kreisen aus, die dem „Tor der Hoffnung“ die „Weltlichkeit“ sehr übel nehmen. So hat ein evangelisches „Mutterhaus“ die „Hedwig-Wangel-Hilfe“ als ein „Werk des Teufels“ bezeichnet, ein Strafvollzugspräsident hat, aus gleichen „Bedenken“ heraus, die Strafanstalten seines Bezirkes angewiesen, keine Entlassene zum „Tor der Hoffnung“ zu schicken. Es soll aber hervorgehoben werden, daß die Haltung der preussischen Staatsbehörden wesentlich anders ist.

### Die Bewohnerinnen des Hauses.

Die Insassen (Schülerinnen nennt man sie), Frauen und Mädchen jeden Alters und jeder Herkunft, kommen direkt aus den Strafanstalten nach Hubertushöhe. Die Aufenthaltzeit ist unbegrenzt, d. h. sie wird von dem Reifezustand der einzelnen abhängig gemacht. Erst wenn angenommen werden kann, daß eine Schülerin dem Leben gegenüber körperlich und geistlich widerstandsfähig ist, wird sie aus dem Hause entlassen — nicht ohne vorherige Zuweisung einer geeigneten Stellung. Nur so kann das Hineinwachsen einer Verbrechensstrafe in das bürgerliche Leben gesichert werden. Injektionsstrafe werden in Hubertushöhe nicht aufgenommen. Die im Gefängnis verdiente Arbeitsbefähigung wird auf der Dresdner Bank dem Schülerinnenkonto zugeführt und ihnen dort erhalten. Ein Taschengeld wird den Insassen nicht ausgehändigt; jede nötige Anschaffung übernimmt das Haus. Der Besuch von Angehörigen, die zu jeder Zeit kommen können, ist nach vorheriger Anmeldung gestattet.

Im allgemeinen sind die Mädchen und Frauen untereinander verträglich. Es gibt allerdings auch „schwierige“ Naturen, mit denen man absolut nicht fertig werden kann und die aus dem Hause gewiesen werden müssen. Eine Statistik des ersten Verwaltungs-

jahres vom 17. Oktober 1926 bis 31. März 1927 vermittelt von den Insassen und der Arbeit an ihnen folgendes Bild: Von 25 angewiesenen Mädchen und 18 Frauen wurden 14 Mädchen und 7 Frauen aufgenommen, während 2 Mädchen und 2 Frauen abgewiesen werden mußten. Alle anderen trafen nicht ein oder hatten schon vorher eine Stellung erhalten. Ausgewiesen wurde eine Frau, vorzeitig gingen 7 Mädchen und 2 Frauen ab, im Krankenhaus blieben zwei Mädchen; zu Angehörigen gingen 2 Frauen und in Stellung drei Mädchen und eine Frau. Im Hause blieben weniger als vier Wochen 3 Mädchen und 2 Frauen, über einen Monat 3 Frauen, über zwei Monate 2 Mädchen, über drei Monate 2 Mädchen und eine Frau, über vier Monate ein Mädchen und über fünf Monate 6 Mädchen und 2 Frauen. Es wurden unterrichtet 14 in Stenographie, 5 in Schreibmaschine, 1 in Buchführung, 17 in Schneidern, 6 in Wäscheflicken, 1 in Maschinenstopfen, 1 in Puhmacherei, 10 in Gartenarbeit, 2 in Kleintierzucht, 16 in Hausarbeit, 11 in Kochen, Baden und Einmachen, 6 in Wäsche mit elektrischem Betrieb und 8 Schülerinnen im Frisieren. Von 21 Schülerinnen waren fünf mit Zuchthaus bestraft. Die Strafen waren für alle nur denkbaren Vergehen verhängt worden. Das Neueste dieser Menschen erzählt nur in wenigen Fällen von dem, was die Statistik verrät. Für Ausbildung in Menschenkunde bietet das Haus ein einzigartiges Material. Langsam, aber stetig formen sich die Menschen in dem „Tor der Hoffnung“ um.

Hedwig Wangel geht daran, in Berlin eine Heimwerkstätte zu errichten, in der die Schülerinnen, die sich in Hubertushöhe besonders bewährt haben, Gelegenheit zu einer gründlichen beruflichen Ausbildung haben sollen. Die finanziellen Mittel zu diesem Werk sollen aus einer Lotterie gewonnen werden, die in der nächsten Zeit veranstaltet wird.

Die prinzipiellen Bedenken, mit denen ein Sozialist jeder Einrichtung gegenübersteht, die im wesentlichen auf privater Wohlfährigkeit aufgebaut ist, darf man angesichts des Wertes von Hedwig Wangel zurückstellen, weil hier eine Pionierarbeit geschaffen ist, aus der wertvolle Erfahrungen für die Zukunft geschöpft werden können.

Der Mittelteil der Hedwig-Wangel-Hilfe werden will, der zahlt einen Mindestjahresbeitrag von 3 Mark und andere Geldpenden bei der Dresdner Bank auf das Postfachkonto der Hedwig-Wangel-Hilfe Berlin Nr. 37 213.

### Der neue Wahlfilm.

Am Freitagmorgen wurde dem Parteivorstand in der „Kamera“ unter den Bänden der neue Wahlfilm vorgeführt, der kürzlich unter der Leitung des Genossen Dr. Lohmann fertiggestellt worden ist. Der Film soll, nachdem er die Zensur passiert hat, an die einzelnen Bezirke geschickt und am Schluß der kommenden Wahlversammlung gezeigt werden. Die Vorführungszeit dauert etwa 35 Minuten. Der Film, der sehr geschickt aufbereitet ist, charakterisiert in prägnanten Bildern die einzelnen Parteien und die Folgen für das Proletariat, wenn Bürgerlos und Schwarzweißrote Reaktion die Mehrheit der Stimmen erhalten würden. Von neuem kriegerisches Spiel, das sehr leicht verhängnisvolle Folgen zeitigen kann, von neuem Auspeerrung, Drückung der Arbeitslöhne, von neuem Reaktion auf allen kulturellen Gebieten. Uebertreibungen sind vermieden worden und trotzdem wird die ganze Situation schlaglichtartig erhellt. Vor allem: man hat diesmal nicht den Humor vergessen. Die Trübsalzeichnungen von den Zentrums-männlein und von den Kommunisten sind witzig gemacht und dabei durchaus filmisch empfunden. Der Film erscheint als sehr wirksame Unterhaltung im Wahlkampf, und es ist zu hoffen, daß die Zensur ihn ungekürzt freigibt, besonders da die Darstellung völlig objektiv bleibt, die Wahrheit schildert und durchaus keine aufreizende Tendenz zur Schau trägt.

## Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

„Sie ist geschlossen“, sagte Mr. Barnstaple. „Außer durch die Gnade der Utopen werden wir unsere Welt nie wiedersehen. Und sogar mit ihrer Gnade ist es zweifelhaft.“  
„Das ist es, was mich nachts nicht schlafen läßt“, sagte Mr. Hunter.  
„Es ist ein Gedanke, der uns allen schon gekommen sein muß“, sagte Mr. Burleigh.  
„Und es ist ein Gedanke, der so niederschmetternd unangenehm ist, daß man lieber nicht darüber sprechen sollte“, sagte Lord Barralonga.  
„Ich habe bis zu diesem Moment nicht daran gedacht“, sagte Bent. „Sie wollen doch nicht sagen, Herr, daß wir wirklich nicht zurückkommen.“  
„Es kommt, wie es kommt“, sagte Mr. Burleigh. „Deshalb bin ich gespannt, Mr. Catskills Ideen anzuhören.“  
Mr. Catskill stützte die Hände in die Hüften und sein Ausdruck wurde ernst.  
„Diesmal stimme ich ausnahmsweise“, sagte er, „mit Mr. Barnaby überein. Ich glaube, die Aussichten sprechen dagegen, daß wir jemals das sieben Städte unserer Welt wiedersehen werden.“  
„Ich fühle das“, sagte Lady Stella mit weißen Lippen, „ich wüßte das schon vor zwei Tagen.“  
„Und so sieht mein Sonntagsausflug aus, ausgedehnt bis in die Ewigkeit“, sagte Mr. Dupont und eine Zeit lang sprach niemand ein Wort.  
„Es ist, als ob —“ sagte endlich Bent. „Wahrhaftig, als ob man gestorben wäre.“  
„Aber ich muß zurück!“ plähte plötzlich Miß Greeta Gray heraus, wie jemand, der eine verrückte Idee beiseite schiebt. „Es ist absurd. Ich muß am 2. September in der Alhambra auftreten. Es ist unerlässlich. Wir kamen ganz leicht hierher. Es ist lächerlich, zu sagen, ich könnte nicht auf demselben Weg zurück.“  
Lord Barralonga betrachtete sie mit liebevoller Bosheit. „Sie werden warten!“  
„Aber ich muß!“ flötete sie.  
„Es gibt etwas wie Unmöglichkeit — sogar für Miß Greeta Gray.“  
„Rufen Sie ein Spezialflugzeug“, sagte sie, „irgend etwas.“

Er betrachtete sie mit boshaftem Grinsen und schüttelte den Kopf.

„Mein Lieber“, sagte sie, „Sie haben mich bis jetzt nur in Feiertagslaune gesehen. Die Pflicht ist eine ernste Sache.“

„Meine Liebe, Ihre Alhambra ist uns jetzt ungefähr so fern wie der Hof des Königs Rebutadnezar. . . Ich kann's nicht ändern.“

„Aber es muß sein“, sagte sie in ihrer königlichen Art, „und jetzt genug davon!“

3.

Mr. Barnstaple stand von der Tafel auf und ging zur Burgmauer, wo eine Öffnung Ausblick auf die dunkle Wildnis draußen bot. Dort setzte er sich nieder. Seine Blicke wanderten von der kleinen Gruppe, die im Gespräch um den Abendtisch herumsaß, zu dem in der Abendsonne leuchtenden Kamm der Felsriffe jenseits des Canons und zu den wilden einflamenden Berghängen unterhalb des Vorgebirges. In dieser Welt würde er vielleicht den Rest seiner Tage zu verleben haben.

Und diese Tage dürften nicht sehr zahlreich sein, wenn Mr. Catskills seinen Willen durchsetzte. Sadnam, sein Weib und die Jungen waren wirklich so fern — wie der Hof des Königs Rebutadnezar.

Er hatte seiner Familie noch kaum einen Gedanken gewidmet, seit er den Brief in den Kasten gesteckt hatte. Jetzt fühlte er ein seltsames Verlangen, ihnen irgendein Wort oder Andenken zu schicken — wenn er es nur könnte. Wunderlich, daß sie nie wieder etwas von ihm oder über ihn hören würden. Wie werden sie sich ohne ihn zurechtfinden? Wird es wegen des Kontos bei der Bank Schwierigkeiten geben? Oder wegen der Versicherung? Er hatte immer beabsichtigt, ein gemeinsames Konto für sich und seine Frau einzurichten, aber er hatte nie rechte Lust dazu gehabt, es zu tun. Gemeinlich und ein wenig verführungsbehaftet. . . etwas, was jedermann tun müßte. . . Seine Aufmerksamkeit lehrte zu Mr. Catskill zurück, der seine Pläne entwickelte.

„Wir haben uns hier auf einen ausgedehnten, auf einen sehr ausgedehnten Aufenthalt einzurichten. Wir wollen uns über die Dauer keiner Laufbahn hingeben, es mag Jahre dauern — es mag Generationen dauern.“

Etwas in dieser Rede machte Bent stuhlig. „Ich kann nicht recht einsehen“, sagte er, „wie das möglich sein kann — Generationen?“  
„Ich komme gleich darauf“, sagte Mr. Catskill.

„Leider“, sagte Mr. Bent und blickte Lady Stella mit scheuen und tief sinnigen Augen an.

„Wir haben in dieser Welt auszuharren, eine kleine fremde Gemeinde, bis wir sie beherrschen, so wie die Römer die Griechen beherrschten, und bis wir ihre Wissenschaft meistern. Das mag einen langen Kampf bedeuten. Und ja, es wird sogar einen sehr langen Kampf bedeuten. Und in zwischen müssen wir uns ein Gemeinwesen behaupten; wir müssen uns als eine Kolonie, eine Garnison betrachten, bis der Tag der Wiedervereinigung kommt. Wir müssen unsere Geiseln festhalten, Herr, und nicht nur unsere Geiseln. Es könnte für unseren Zweck nötig sein und wenn es für unseren Zweck nötig ist, so muß es geschehen — andere dieser Utopen hereinzunehmen, sie jung zu fangen, ehe diese sogenannte Erziehung sie für unsere Zwecke ungeeignet macht, und sie in den großen Traditionen unseres Imperiums und unserer Rasse aufzuziehen.“

Mr. Hunter schien hier etwas sagen zu wollen, aber er unterließ es.

Mr. Dupont sprang heftig vom Tisch auf, ging vier Schritte fort, drehte sich um und blieb dann, Mr. Catskill beobachtend, stehen.

„Generationen?“ fragte Mr. Bent.

„Nawohl“, sagte Mr. Catskill, „Generationen. Denn hier sind wir Fremde — Fremde wie jene kleine Schar Abenteurer, die ihr Bollwerk vor fünfundsiebzig Jahrhunderten auf dem Kapital neben dem reichenden Liber errichtet haben. Dies ist unser Kapital. Ein größeres Kapital — eines größeren Roms — in einer weiteren Welt! Und wie jene Schar römischer Abenteurer werden auch wir unsere geringe Zahl auf Kosten der Sabinerinnen um uns herum verstärken müssen und sie zu unseren Sflawinnen, Geflünninnen und Gefährtinnen machen! Kein Opfer ist zu groß für die hohen Möglichkeiten dieses Unternehmens.“

Mr. Dupont schien zu diesem Opfer gern bereit zu sein.

„Richtig verheiratet“, warf Vater Amerkon ein.

„Richtig verheiratet“, sagte Mr. Catskill in Parenthese. „Und so, mein Herr, wollen wir hier aushalten, uns behaupten, diese wüste Gegend beherrschen und unser Prestige, unseren Einfluß und unseren Geist in dem trüben Körper dieser defakenten, utopischen Welt verbreiten. Bis wir schließlich in der Lage sind, das Geheimnis, das Ardenn und Chrysolagone suchten, zu meistern und den Weg zu unserem eigenen Volke wiederzufinden, ihn den zusammengedrängten Millionen unseres Weltreichs öffnend —“

(Fortsetzung folgt.)

# Dem Andenken der Märzkämpfer!

## Eine Feier der Jungsozialisten.

Es war eine schöne und wehewolle Kundgebung, in der die Jungsozialisten das Andenken der Märzkämpfer des Jahres 1848 feierten. Die Jugend des schaffenden Volkes war gerne und in großer Zahl dem Rufe, um derer zu gedenken, die mit ihrem Blute das Büngeln, was wir, die Nachfahren, heute ernten. Mit Recht sagte der Festredner, daß die Schaffung eines freiheitlichen Staates, einer sozialen Republik, nur dann für die Zukunft gesichert ist, wenn die Jugend sich begeistert für diese Idee einsetzt. Deshalb seien gerade die Jungsozialisten berufen, an dem Staate der Zukunft zu arbeiten.

Die Kundgebung im Schiller-Logeum in der Pankestraße wurde durch den Film „Die Mutter“ eingeleitet. Dann sprach der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Sollmann Worte zur Erinnerung an die Märzrevolution 1848. „Die Mutter“, dieser Film der unterdrückten Massen, die für die Freiheit kämpfen und sterben, zeigt uns, welche Opfer das Proletariat bringen mußte im Kampfe gegen die Militärdynastien. Im Jahre 1848 hat das deutsche Volk versucht, die Ketten des Obrigkeitstaates zu sprengen. Das deutsche Bürgertum stand 1848 auf den Barricaden gegen die Dynastie der Hohenzollern, ohne selbst den demokratischen Volksstaat zu bejahen. Erst als Baskalle und Karl Marx die neuen Ideen in Deutschland verbreiteten, erkannte das arbeitende Volk, daß Freiheit nur möglich sei im demokratischen Volksstaat. Erst von Baskalle wurde das Banner der Revolution entrollt. Die deutsche Revolution von 1848 ist aus dem Blute von Millionen Kämpfern, aus dem Opferblute des Weltkriegs geboren. Erst die Arbeiterschaft hat der Jugend und den Frauen das Wahlrecht gegeben. Dem Bürgertum war die Republik Ziel, der Arbeiterschaft ein Mittel, eine Waffe, ein breites großes Kampffeld, auf dem unsere Organisationen ihre Klassenkämpfe führen können. Demokratie ist uns nicht Friede, sondern Kampf um die Seele des Volkes. Wir wollen das Volk immer wieder wachrufen zu neuen Kämpfen! Wir wollen die Bildungs- und Besitzrechte beseitigen. Wir wollen die politische Macht erobern, um den Arbeitern die wirtschaftspolitische und soziale Freiheit zu bringen. Die Jugend steht bereit, an der Seite der Sozialdemokratie für die Freiheit zu kämpfen. Mit dem Gesang der Internationale schloß die Kundgebung.

# „Berolina“ und „Kupfergraben“.

## Der hohe und der tiefe Summertou.

Zu den in Groß-Berlin bereits bestehenden Vermittlungsstellen mit Selbstanschlußbetrieb treten in der Nacht vom 17. zum 18. März die Vermittlungsstellen Berolina und Kupfergraben; diesen Vermittlungsstellen werden Teilnehmer von Alexander, Königstadt, Merkur und Zenitrum zugeteilt. Die Berolina sowie die Kupfergrabensteilnehmer werden ebenso wie alle bisherigen Selbstanschlußsteilnehmer in der Lage sein durch Drehen der Nummerhebel ihres Apparates alle anderen Selbstanschlußsteilnehmer unmittelbar zu wählen. Die Selbstanschlußsteilnehmer erreichen einen Teilnehmer, der an eine Vermittlungsstelle ohne Selbstanschlußbetrieb angeschlossen ist, durch Wählen des Rufzeichens der in Frage kommenden Vermittlungsstelle und durch Anlegen der Nummer an die sich meldende Beamtin. Alle Handamistteilnehmer (mit Apparaten ohne Nummerhebel) müssen im Verkehr mit Selbstanschlußsteilnehmern darauf achten, daß sich nach dem eigenen Amt noch ein Hilfsamt meldet; diesem Hilfsamt ist nochmals Amt und Nummer des gewünschten Teilnehmers anzugeben; es ertönt sodann ein alle 10 Sekunden wiederkehrender, kurzer, hoher Summertou; es ist dies das Zeichen, daß auf Beantwortung des Anrufes gewartet werden kann. Mit diesem unterbrochenen hohen Summertou darf das Besprechende, d. h. ein dauernder, tiefer Summertou, nicht verwechselt werden. Im Verkehr der Handamistteilnehmer (mit Apparaten ohne Nummerhebel) untereinander tritt eine Veränderung in der bisherigen Betriebsweise nicht ein.

Alle Teilnehmer sparen Zeit und Verdruß, wenn sie vor jedem Anruf aus dem Fernsprechtisch feststellen, ob der gewünschte Teilnehmer infolge der Inbetriebnahme neuer Amtler etwa eine neue Nummer erhalten hat. Das gilt vom 18. März ab besonders für Anrufe, die an Teilnehmer der Vermittlungsstellen Alexander, Königstadt, Merkur und Zenitrum gerichtet sind.

# Die geprügelte Hausangestellte.

## Ein Mißhandlungsprozeß in der Berufungsinstanz.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hatte Frau K. wegen einfacher Körperverletzung, begangen an ihrer Hausangestellten Käthe G., zu 200 Mark verurteilt. Der Angeklagten schien die Strafe zu hoch — besonders schmerzhaft empfand sie es, daß die Urteilsbegründung ihren Handlungen jegliche Hintergründe unterschob. Der Staatsanwalt fand dagegen die Strafe zu niedrig. So legten beide Berufung ein und das Schöffengericht mußte sich das zweitemal mit der Angelegenheit befassen.

Der noch nicht 18-jährigen Käthe war das ostpreussische Heimatdorf zu eng geworden. Sie lehrte sich nach Berlin. Die Schwester der Frau K. verschaffte ihr bei dieser eine Stellung und die Mutter der Käthe bot in einem Brief an die Frau K., sie recht streng zu halten, dafür zu sorgen, daß sie sich nicht herumtreibe.

„Nehmen Sie ein Stück Knüttel, schlagen Sie ihr die Clebelel aus dem Schädel heraus. Uebernehmen Sie die Mutterpflichten an meiner Stelle.“

schrieb sie ihr. Und Frau K. hielt die Käthe tatsächlich streng. Allerdings bekam sie gut zu essen, durfte sich in den Zimmern der Herrschaften aufhalten, auch sonst schien sie es, wenigstens am Anfang, nicht schlecht zu haben. Käthe schrieb in den Briefen an die Mutter und Freundin, daß sie wie ein Kind gehalten werde, nicht viel zu arbeiten brauche, spazieren gehen dürfe und daß sie sich im allgemeinen wohlfühle.

Der Aufenthalt im Hause K. muß aber doch auch noch eine Kehrwelt gehabt haben. Jedenfalls haben die Einwohner des Hauses die Käthe doch öfter meinet. Auch bemerkten sie Beulen an ihrem Gesicht. Käthe klagte über Haut, die sie von der Frau K. bekomme. Als dann eines Tages Hausbewohnerinnen die Käthe wimmernd rufen hörten: „Liebe, gnädige Frau, hören Sie auf, ich kann nicht mehr“, worauf diese antwortete: „Steh auf; bis ich drei zähle, bist du aufgestanden.“ worauf Mädchen von Schlägen erzählten, erhielten sie Anzeige bei der Polizei. Der Arzt stellte bei der Käthe blutunterlaufene Stellen und Schreien an den Armen und ein vollständiges blauunterlaufenes und geschwollenes Gesicht fest.

Absofute Klarheit schaffte auch die Berufungsverhandlung nicht. Käthe, ein phantastischer und nicht ganz wahrheitsliebender Mensch,

# Noch immer keine Deckung.

## Die Sozialdemokratie gegen Steuer- und Tariferhöhung.

Der von dem Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung eingeleitete Unterausschuß beschäftigte sich gestern erneut mit der Möglichkeit, das Defizit des Berliner Etats auszugleichen. Er beschloß eine Erhöhung der Gewerbesteuer sowie des Grundsteueransatzes und die Heranziehung der städtischen Werke zu erhöhten Abgaben. Alle Parteien waren sich dabei bewußt, daß die Werksabgaben die Grenze des Erträglichen nunmehr nahezu überschritten haben, da sie den stetig wachsenden Anforderungen an ihren Betrieb kaum noch gerecht werden können, und der weitere Ausbau der Werke wie der Verkehrsunternehmungen ernstlich in Frage gestellt wird. Insofern läßt sich durch diese Maßnahmen das Defizit allenfalls bis auf rund 3 Millionen verringern.

Dazu kommt aber, daß nach den Beschlüssen des Hauptausschusses des Landtags die erwarteten und in erster Befugung bereits als Einnahmen eingestellten Erhöhungen aus dem Finanzgleichgewicht und der Kraftfahrzeugsteuer nicht mehr als sicher gelten können. Dadurch würde sich das Loch im Haushalt auf nicht weniger als etwa 20 Millionen erhöhen. Für diese Summe ist eine Deckung nicht mehr zu beschaffen.

Die Sozialdemokratie lehnt jedenfalls jede Steuererhöhung und jede Erhöhung der Wertsteuern mit Rücksicht auf die Notlage der Berliner Bevölkerung unter allen Umständen ab.

Wenn also tatsächlich der Landtag mit einer großstadtfeindlichen Mehrheit bürgerlicher Parteien den sozial-

demokratischen Antrag auf Erhöhung des Berliner Anteils an den in Betracht kommenden Steuern ablehnen sollte, so müßte die Stadt Berlin die Verantwortung für die dann notwendig werdenden Kürzungen ihres Haushalts den betreffenden bürgerlichen Parteien überlassen. Mit kleinen Abstrichen auf der einen Seite und kleinen Erhöhungen auf der anderen Seite wäre es dann nicht mehr getan. In Frage käme vielmehr nur die Streichung der Ausgaben für Straßen- oder Schul- oder Wohnungsbau. Daß eine solche Zwangsmahnahme nur im Hinblick auf einen vernünftiger zusammengefaßten Landtag der Zukunft vorläufig vorgenommen werden könnte, versteht sich von selbst. Jeder weiß, daß an und für sich die Ausgaben für diese Zwecke schon bis an das Maß des Erträglichen abgedröckelt worden sind. Der Streichung müßte also eine Neueinführung noch in diesem Jahre folgen.

Man sieht, zu welchen Konsequenzen die halsstarrige Politik der bürgerlichen Parteien im Landtage führen würde. Die Sozialdemokratie wird sich dadurch nicht von der geraden Linie ihrer Berliner kommunalen Politik abdrängen lassen. Sie weiß sich als stärkste Partei im Ratshause für den Etat verantwortlich und wird ihn — so oder so — zur Verabschiedung bringen. Die Wählerschaft wird noch in diesem Jahre zwischen den berlinfeindlichen Parteien und der Sozialdemokratie zu entscheiden haben.

Die endgültige Beschlußfassung über die Deckung ist bis zur nächsten Woche, also bis zum Abschluß der Beratungen im Landtage, vertagt worden.

# Immer wieder Mord.

## Eine rätselhafte Mordtat in Hamburg.

Die am Billdeich in Hamburg wohnende Ehefrau des Maurers Hoeger wurde am Freitag morgen von ihrer 71 Jahre alten Mutter mit zerhacktem Messer blutüberströmt im Bett liegend aufgefunden. Der Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Am Kopfende des Bettes wurde ein Beil gefunden, mit dessen stumpfer Seite der Mord ausgeführt worden war. Der Ehemann der Ermordeten hatte um 6 Uhr morgens die Wohnung verlassen, um zur Arbeit zu gehen. Zwei Stunden später verließ der 19-jährige Sohn Richard die Wohnung. Als um 10 Uhr die Großmutter aufstand, fand sie in der Küche einen Briefumschlag, auf den ihr Enkel geschrieben hatte, sie möge aufräumen, da die Mutter fortgegangen sei. Frau Hoeger hatte aber, als sie ihren Mann kurz vor seinem Fortgehen das Frühstück zurecht machte, geküßert, sie fühle sich nicht recht wohl und wolle wieder zu Bett gehen. Dem Sohn erzählte sie, als der Gatte weggegangen war, sie habe Besorgungen zu machen und würde gleich fortgehen. Diese sich widersprechenden Darstellungen der Ermordeten dürften für die Aufklärung des Mordes von Bedeutung sein. Als die Großmutter den Zettel ihres Enkels fand, ging sie sofort an die Arbeit des Aufräumens und entdeckte die Schredensstat.

Die Polizei hat inzwischen festgestellt, daß die Ermordete viel ausging und in Kaffeehäusern verkehrte. Frau K. machte sehr häufig Herrenbekanntschaften, von denen der Ehemann keine Ahnung hatte. Es wird angenommen, daß die Frau, nachdem ihr Mann und ihr Sohn die Wohnung verlassen hatten, einen Fremden bei sich empfing, der dann die im Bett liegende Frau ermordete oder sie bei einem Streit erschlug. Da ein Portemonnaie mit 50 M. in der Wohnung verschwunden ist, besteht alle Wahrscheinlichkeit, daß ein Raubmord vorliegt.

## Luftmord an einem zehnjährigen Mädchen.

Die Staatsanwaltschaft Glogau wurde Freitag früh von dem Auffinden einer weiblichen Leiche in einem Wassergraben in Grünberg in Schlesien, der die Abwässer der Fabriken aufnimmt, benachrichtigt. Es handelt sich um die Leiche eines ungefähr zehn Jahre alten Mädchens. Nach Lage der Dinge kann es sich nur um einen Luftmord handeln.

## Waldbrände in den Außenbezirken.

Die Feuerwehr wurde in den gestrigen Nachmittagsstunden mehrmals nach den Außenbezirken alarmiert, wo Gras- und Waldbrände in Brand geraten waren. Während es in den meisten Fällen, so in Karlsruh, Frohnau, Friedrichshagen, Spandau usw., nach kurzer Zeit gelang, das Feuer einzudämmen, waren mehrere Löschzüge auf dem Tegeler Schießplatz über eine Stunde mit der Bekämpfung eines größeren Waldbrandes beschäftigt. Das Feuer war aus bisher noch ungeklärter Ursache auf dem Tegeler Schießplatz in der Nähe der Duffschiffsternanlage entstanden und breitete sich mit großer Schnelligkeit nach allen Seiten aus. Als die Wehren an der Brandstätte eintrafen, standen über 10 Morgen Wiesen- und Heidegelände in Flammen. Durch Aufwerfen von Gräben und Einleiten von mehreren Schlandstellungen gelang es, das Feuer zu lokalisieren. Die starke Rauchsäule, die weithin sichtbar war, hatte eine große Schar Neugieriger angezogen.

# Kaiserliches bei der Reichswehr.

## „W. II.“ im Wehrtreikommando III.

Kürzlich besuchte ich — so schreibt man uns — ein Wohltätigkeitskonzert des Wehrtreikommandos III der vereinigten Musikkorps im Zirkus Busch, das unter Leitung des Heresmusinspizienten Prof. Hachenberger stand. Zu meiner größten Ueberraschung mußte ich dort folgende Feststellung machen: Die Fansaren der Musiker trugen vieredrige blaue Behänge, die mit silbernen Franzen besetzt waren und in jeder Ecke eine silberne Königskrone trugen. In der Mitte des Laubes aber befanden sich, ebenfalls in Silber gehalten, die Initialen „W. II.“ Schon bei einem ähnlichen Wohltätigkeitskonzert, das etwa vier Wochen zuvor im Zirkus Busch stattfand, mußte ich dieselbe Wahrnehmung machen. Ergänzend möchte ich hierzu bemerken, daß bei jener ersten Veranstaltung auch die Kesselpauken dieselben blauen Behänge trugen, was bei dem Konzert am 11. März allerdings nicht mehr der Fall war.

Der Reichswehrminister Groener hat kürzlich in einer Rede klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er Taktlosigkeit und Entgleisungen der Reichswehr aufs strengste ahnden würde. Er hat weiterhin gesagt, daß kein Angehöriger der Reichswehr mehr Anlaß zu einer sensationellen öffentlichen Kritik, wie es in der Vergangenheit häufig vorgekommen ist, geben darf. Der Herr Reichswehrminister hat wieder Gelegenheit, sein Wort in die Tat umzusetzen! Und so wenig man daran zweifeln kann, daß er es tun wird, so wenig sollte er die Verantwortlichen in der Reichswehr, die diesen Unfug dulden, darüber im Zweifel lassen, daß sie nicht in die Reichswehr hineingehören.

# „Weltliga für Sexualreform.“

Von den drei Senatoren der Sexualwissenschaft, August Forel (Schweiz), Havelock Ellis (London), Magnus Hirschfeld (Berlin), ist in Verbindung mit Victor Margueritte (Paris), Margarete Sanger (New York), H. Lundborg (Upsala), R. Goldscheid und K. Kautsky (Wien), Bechterew (Seningrad), Bartsch (Wostau), J. H. Leunbach (Kopenhagen) und vielen anderen bekannten Forschern und Förderern der Sexualwissenschaft eine „Weltliga für Sexualreform auf sexualwissenschaftlicher Grundlage“ gegründet worden, die dahin wirken will, daß in allen Ländern der Welt aus den Forschungsergebnissen der Sexualwissenschaft die praktischen Folgerungen für die Beurteilung und Neugestaltung des menschlichen Geschlechts- und Liebeslebens gezogen werden. Besonders umfaßt das Programm folgende 10 Punkte: 1. Eheform, 2. die völlige Gleichberechtigung beider Geschlechter, 3. die Frage verantwortungsvoller Geburtenregelung, 4. die Verbesserung des Menschengeschlechts nach eugenischen Gesichtspunkten, 5. das Unehelichkeitsproblem, 6. die Cheunfähigkeit, 7. die Bekämpfung der Prostitution und Geschlechtskrankheiten, 8. die richtige Beurteilung sexueller Triebabweichungen, 9. das Sexualstrafrecht, 10. die Sexualerziehung.

Ein von der Weltliga einberufener Kongreß findet im Juni d. J. unter Vorh. des dänischen Ministers Steinte in Kopenhagen statt. Mitglied kann jeder werden, der sich mit Sexualreform auf sexualwissenschaftlicher Grundlage beschäftigt, sowie auch alle, welche die Ziele der Weltliga fördern wollen. Beitrittsanmeldungen (Beitritt nach Belieben), sowie alle Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle der Weltliga, Berlin NW. 40, In den Jaltzen 10.

## Man spart Kirchensteuer.

Wer noch im März seinen Kirchenaustritt erklärt, spart ¼ Jahr Kirchensteuer! denn er braucht nur noch bis zum 1. Juli zu zahlen. Wer dagegen erst nach dem 31. März austritt, muß noch bis zum 1. April des nächsten Jahres Kirchensteuer zahlen. Vom 14. Lebensjahre ab muß jeder selbständig seinen Kirchenaustritt erklären, braucht also keine Erlaubnis der Eltern dazu! Kirchenaustrittserklärungen werden angenommen: 1. kostenlos vormittags beim zuständigen Amtsgericht, 2. gegen eine Gebühr von 2 M. durch einen Notar in den Geschäftsstellen des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung e. V. und zwar: Friedensstraße 60; Dienstags und Freitags von 19 bis 20 Uhr, Snelienstraße 41; Montags und Donnerstags von 19 bis 20 Uhr, in Charlottenburg, Rosinenstraße 4 (Jugendheim); Sonnabends von 17 bis 18 Uhr.

Zum Mundaus-  
spülen, Zähneputzen,





# Die Lage der Landwirtschaft.

## Die Besserung gegen früher. — Wo sitzt die Not wirklich? — Der Enquetebericht.

Es ist charakteristisch für die deutsche Landwirtschaft, daß ihre wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren in den einzelnen Betrieben und den verschiedenen Gebieten Deutschlands ganz verschiedene Wege genommen hat. Es ist ebenso unrichtig, von allgemeinen großen Gewinnen der Landwirtschaft wie von allgemeinen durch die Wirtschaftsverhältnisse der letzten Jahre zwangsläufig bedingten Verlusten der deutschen Landwirtschaft zu sprechen. Sowohl Gewinne wie Verluste traten ein. Sehr deutlich spiegelt sich diese verschiedene Entwicklung in den Buchführungsergebnissen, die der Enqueteauschuß herausgegeben hat, wider. Nach diesen Untersuchungen, die von der Lage der Landwirtschaft eher ein zu ungünstiges als ein zu günstiges Bild entwerfen — da die landwirtschaftliche Buchführung vornehmlich Steuerzwecken dient — haben im Wirtschaftsjahr 1924/25 49 Proz. der untersuchten 3000 Betriebe mit einem Reinertrag, 51 Proz. mit einem Verlust abgeschlossen. Im Jahre 1925/26 finden wir 62 Proz. der Betriebe mit Reinertrag und nur noch 38 Proz. mit Verlustabschlüssen. Die Besserung ist unverkennbar.

### Die Besserung in der Lage der Landwirtschaft

während der letzten Jahre hat es ermöglicht, daß die Landwirtschaft bereits erhebliche Ersparnisse machen konnte. Allein bei dem Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften waren schon am 1. Juli 1927 nahezu 700 Millionen Einlagen vorhanden. Das ist ein wesentlich höherer Prozentsatz der Vorkriegsersparnisse, als ihn die städtischen Sparkassen erreicht haben. Die mit Ausnahme der Schweinepreise seit der Mitte des letzten Jahres für die Landwirtschaft sehr günstigen Preise haben zweifellos zu einer weiteren wesentlichen Steigerung der landwirtschaftlichen Sporeneinlagen geführt.

Der Kunstdüngerverbrauch der Landwirtschaft hat sich im Wirtschaftsjahr 1926/27 gegenüber dem vorhergehenden Jahr um mehr als 100 Millionen Mark gehoben. Daß die vom Landbund in den letzten Monaten proklamierte Not der Landwirtschaft nur einen geringen Teil der Betriebe betrifft, geht auch daraus hervor, daß in den letzten Monaten der Kunstdüngerkonsum der Landwirtschaft keineswegs zurückgegangen, sondern sogar gegenüber dem Vorjahr so stark gestiegen ist, daß auch im laufenden Jahr mit einer Steigerung des Kunstdüngerverbrauchs um etwa 100 Millionen Mark zu rechnen ist. Auch der landwirtschaftliche Maschinenabatz hat sich wesentlich gehoben. Trotz dieses gesteigerten Produktionsmittelbezuges hat die Landwirtschaft nach der Beobachtung der Preisberichte des deutschen Landwirtschaftsrats veröffentlichten Vorratshebung vom 15. Februar 1927 gegenüber dem vorigen Jahre

### erhebliche größere Getreide- und Kartoffelvorräte.

So betragen	15 Febr. 1927	15. Febr. 1928
	tund Tonnen	rund Tonnen
Vorräte an Winterweizen	308 000	512 000
„ Winterroggen	425 000	860 000
„ Kartoffeln	3 030 000	5 277 000

Alle diese Tatsachen sprechen nicht für eine allgemeine Notlage und Unrentabilität der Landwirtschaft, sondern sie sind deutliche Zeichen anhaltender Aufschwüngen. Allerdings ist die Lage der Landwirtschaft nicht überall günstig.

Eine ganze Anzahl von Betrieben hat in den vier letzten Jahren mit Verlust gearbeitet und in dieser kurzen Zeit bereits wieder recht erhebliche Schulden aufnehmen müssen. Entscheidend für die günstige oder ungünstige Entwicklung nach der Inflation waren, wie auch der Enquetebericht über die Verschuldung, den wir bereits kurz besprochen, feststellt, folgende Momente:

### Die Gründe für die teilweise Verschlechterung.

Die Jahre 1924/25 brachten zeitweise für die Landwirtschaft ungünstige Produktpreise und vor allem riesige Preisschwankungen. Außerdem hatte die nötige Steuerfreiheit der Landwirtschaft nach der Stabilisierung ein Ende. Ein Teil der Landwirte hatte während der Inflation die Betriebe weitgehend ausgebaut, das Inventar vermehrt und große Kunstdüngervorräte angelegt. Andere Teile der Landwirtschaft haben die Inflation weniger oder gar nicht ausgenutzt. Es ist nun großem Einfluß auf die Entwicklung der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe gewesen, in welchem Stadium des Betriebsaufbaues sie in die Stabilisierung eingetreten sind. Den bereits in der Inflation kostlos aufgebauten Betrieben fehlte es nicht an Betriebskapital, dagegen hatten die nicht rechtzeitig umgestellten Betriebe teilweise unter großem Geldmangel zu leiden.

Eine große Zahl von Landwirten, die aus ihren Betrieben in den letzten Jahren nichts herauszuholen verstanden und denen Kreditquellen offenstanden, haben sich in wenigen Jahren eine so große Schuldenlast aufgeladen — die Zinsen mußten durch neue Kreditaufnahme bezahlt werden —, daß sie in den letzten Monaten wegen Überverschuldung in eine ausgesprochene Notlage geraten sind. Wir haben bereits in der Morgennummer des „Vorwärts“ vom 10. März eine graphische Darstellung aus dem Enquetegutachten über die Verschuldung der Landwirtschaft wiedergegeben, aus der die erschreckende Häufigkeit solcher überschuldeter Betriebe im deutschen Osten deutlich hervorgeht. Während nach den Untersuchungen des Enqueteauschusses in Westdeutschland 82 Proz. der untersuchten Betriebe nur gering oder gar nicht verschuldet sind, häufen sich in Ostpreußen, ganz besonders in Pommern und Ostpreußen die hoch verschuldeten Betriebe in einem engen Gebiet. Daß auch in diesen östlichen Gebieten die Verschuldung durchaus keine zwangsläufige ist, geht deutlich daraus hervor, daß in allen von der Enquete untersuchten Betriebsgruppen hochverschuldete und überschuldete, aber auch ganz niedrig verschuldete Betriebe zu finden sind. Diese individuellen Verschuldenheiten des Betriebserfolges sind zweifellos vom größten Teil der verschiedenen Tätigkeiten der Betriebsleiter zuzuschreiben.

### Groß- und Kleinbetriebe sind nicht gleichmäßig durch Überverschuldung gefährdet.

Der Enquetebericht hat die Verschuldung in Beziehung zum häuerlichen Einheitswert gesetzt. Da jedoch bei dieser Bemertung das in den häuerlichen Betrieben gegenüber den Großbetrieben doppelt so wertvolle Inventar und der hohe Bodenpreis häuerlicher Güter unberücksichtigt geblieben ist, bedeutet eine über den Einheitswert hinausgehende Verschuldung in häuerlichen Betrieben eine im Verhältnis zum Verfassungswert nur halb so hohe Verschuldung als im Großbetrieb.

Zußerdem beziehen sich die Enqueteuntersuchungen auf den 30. Juni 1926. Seit dieser Zeit hat die landwirtschaftliche Verschuldung noch um mehr als eine Milliarde zugenommen. Die Hauptzunahme der Schulden seit dieser Zeit entfällt jedoch nicht auf häuerliche, sondern auf Großbetriebe.

Schließlich muß man die Frage aufwerfen, ob die von der Enquete erfaßten 1762 buchführenden Betriebe für die insgesamt fünf Millionen landwirtschaftlichen Betriebe als typisch anzusehen sind. Von den Großbetrieben ist diese Frage wohl zu bejahen. Nicht ohne weiteres dagegen für Kleinbetriebe, denn buchführende Kleinbetriebe sind eine Ausnahme, und es liegt die Annahme nahe, daß buchführenden Kleinlandwirten mehr Kreditmöglichkeiten offen standen als der großen Masse der nicht buchführenden Bauern. Da eine Übertragung der bei 1762 Betrieben festgestellten Verschuldungsergebnisse auf die gesamte deutsche Landwirtschaft eine um 20 Proz. höhere Verschuldung ergibt als die Untersuchungen des Konjunkturinstituts für den gleichen Zeitpunkt, scheint die Annahme wahrscheinlich, daß sich diese zu hohe Verschuldung aus Verallgemeinerung nicht typischer Verschuldungsverhältnisse von erfaßten Kleinbetrieben ergibt. Wenn auch zweifellos einzelne Kleinbetriebe sich in schwerer wirtschaftlicher Notlage befinden, so kann doch auf Grund der Enqueteergebnisse mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß im allgemeinen die häuerlichen Wirtschaften, was die Verschuldung anbetrifft, günstiger dastehen, als es nach dem Enquetebericht scheinen mag. Zu keinem Fall kann von einer allgemeinen häuerlichen Überverschuldung, wie dies die Rechtspartei tun, gesprochen werden.

Wohl aber sind zahlreiche ostelbische Wirtschaften, vornehmlich Großbetriebe, in ihrer Existenz bedroht. Der Enquetebericht fordert daher, daß

### Sanierungsstellen eingerichtet werden.

um alle nach Umschuldung höherzinslicher kurzfristiger in niedriger verzinsliche langfristige Kredite lebensfähigen Betriebe zur Gesundung zu führen. Diejenigen Betriebe aber, die vor dem Zusammenbruch nicht bewahrt werden können, müssen zu einem möglichst großen Teile der Siedlung zugeführt werden. Da in den ostelbischen Ostlandgebieten eine Häufung der Zusammenbrüche notleidender Betriebe und damit ein übermäßiger Sturz der Güterpreise, wodurch auch gesunde Betriebe in ihrer Existenz bedroht würden, zu befürchten ist, müssen Ausnahmestellen eingerichtet werden, die Besitzwechselmöglichkeiten aus dem Wege zu räumen und eventuell selbst als Käufer aufzutreten haben. Die so in die Hand der Aufnahmestellen gelangten Güter werden zum Teil verpackt, verkauft, vor allem aber der Befriedigung zugeführt werden müssen.

Wir schließen uns voll den Schlüssen des Enqueteberichts an, der sagt: „Die unverbrauchten und geschulten Kräfte der Bauernhöfe stehen bereit, um mit Hilfe des Reiches und der Länder an die Stelle niedergehender Großbetriebe neue Dorfgemeinschaften zu legen. Ihnen gliedern sich in ausreichender Zahl Landarbeiter und Handwerker an, welche mit ihren Ersparnissen die unentbehrlichen kleinen Stellen erwerben.“

### Ein Wort an Herrn von Richtigshofen.

Wie wir schon festgestellt haben, gehört neben anderen Landbundführern auch Reichert v. Richtigshofen-Boguslawitz zu den Unterzeichnern des Enqueteberichts. Herr v. Richtigshofen fühlt sich durch unsere daran geknüpften Bemerkungen gegenüber der Öffentlichkeit so sehr auf die Füße getreten, daß er in der „Deutschen Tageszeitung“ in überflüssig langer und leider sehr wenig sachlicher Weise mit dem „Vorwärts“ polemisiert. In der Tat müßten die Führer des Reichslandbundes, wenn der Enquetebericht vom Reichslandbund ebenso an das verheißte Landvolk gebracht würde, wie die landbündlerischen Wohlphrasen, in Verlegenheiten kommen. Und Herrn v. Richtigshofen fällt es deshalb offenbar sehr schwer, die im Enquetebericht auch von ihm festgestellte Wahrheit auch vor der Landbündleröffentlichkeit als Wahrheit zu vertreten.

Diese Verlegenheiten werden dadurch keineswegs geringer, daß Herr v. Richtigshofen die landbündlerische Schimpffanfare fortsetzt und damit sein Ansehen als Sachverständiger im Enqueteauschuß bestreift. Herr Geheimrat Sering wurde niemals als sozialdemokratischer Seite als Sozialist charakterisiert. Er wurde aber vom Reichslandbund abgeschüttelt, als er als wahrheitsliebender Gelehrter zur Sanierung der Landwirtschaft dem Landbund unangenehme Vorschläge machte. Daß die Linkspresse die Fackel des Klassenkampfes in die Landwirtschaft werfe, daß der Linken die bisherigen landwirtschaftsfeindlichen Maßnahmen noch nicht genügen — landwirtschaftsfeindlich war die Politik des Landbundes —, daß die wahrhaft ernsthafte Sorge Preußens und der neuen Leitung der Zentralgenossenschaftskasse mit politischen Sozialisierungstendenzen gleichbedeutend sei — das sind heyerische Schlagworte aus dem Arsenal des Reichslandbundes und eines Sachverständigen des Enqueteauschusses unwürdig. Und Herr v. Richtigshofen wirkt vergeblich um die Bauern, wenn er feststellt, daß unter Bauern gehungert wird. Denn wenn wirklich gehungert wird, so geschieht es, um aufgenommenen Schulden ehrlich zurückzahlen, wovon sich leider unter der Regide des Landbundes zahlreiche Brohagrarien drücken mit dem Erfolg, daß auch der ehrlich Schulden abtragende Bauer darunter leiden muß. Es ist kein Ruhmesblatt, das sich Herr v. Richtigshofen durch seinen Tageszeitungs-Artikel in seinen Landbundkranz geflochten hat.

### Das Konjunkturinstitut berichtigt.

#### Eine falsche Diagnose richtig gestellt. — Ein Irrtum bei der Drucklegung.

Wir veröffentlichten vor kurzer Zeit eine Zuschrift, in der das Institut für Konjunkturforschung auf eine grobe Nachlässigkeit in der Formulierung seines Urteils über die Wirtschaftslage im letzten Vierteljahrsheft für Konjunkturforschung aufmerksam gemacht wurde. Das Institut für Konjunkturforschung hat sich erfreulicherweise veranlaßt gesehen, entsprechend unseren Anregungen eine Berichtigung seiner Diagnose vorzunehmen. Die Berichtigung lautet:

Im Heft 4 des zweiten Jahrgangs der „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung“ ist bedauerlicherweise bei der Drucklegung ein Irrtum unterlaufen. Auf Seite 7, im zweiten Absatz, Zeile 3, muß es — entsprechend den Ausführungen auf Seite 25 des Heftes — anstatt: „die Verbrauchsgütererzeugung hat sich um 4,8 Proz. die Erzeugung bei den Produktionsmittelindustrien um 2,4 Proz. vermindert“ wie folgt heißen: „von Ende Oktober 1927 bis Ende Januar 1928 hat sich die Beschäftigung in den Verbrauchsgüterindustrien um 4,8 Proz., in den Produktionsmittelindustrien um 2,4 Proz. vermindert“.

Wir stellen gerne fest, daß das Institut für Konjunkturforschung durch diese Berichtigung nicht nur die Diagnose an einem ent-

scheidenden Punkte mit den Tatsachen in Übereinstimmung gebracht hat, sondern auch mit der Uebung bricht, öffentlich festgestellte Unstimmigkeiten oder Einseitigkeiten unberichtigt zu lassen. Die jetzt vorgenommene Berichtigung ist allerdings in dem Punkte noch ungenügend, als hinzugefügt hätte werden müssen, daß nach dem vom Institut berechneten Produktionsindizes, abgesehen von dem saisonmäßigen, kein allgemeiner Rückgang der Erzeugung festzustellen war.

Wir können es uns allerdings nicht veragen, darauf hinzuweisen, wie verhängnisvoll es ist, daß es zu dieser Berichtigung kommen mußte. Das Institut weiß selbst, wie stark die gesamte Industrie und alle für die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland verantwortlichen Kreise seine Diagnosen und Prognosen beachten. Die Feststellung, daß die Verbrauchsgütererzeugung und die Erzeugung von Produktionsmitteln von Oktober bis Ende Januar um 4,8 bzw. 3,2 Proz. zurückgegangen sei, ist durch die ganze Welt gegangen und hat ihre Wirkung getan. Eine Berichtigung beeinträchtigt nicht nur das Ansehen des Instituts, sondern hat auch leider für die Urteilsbildung der Öffentlichkeit nicht dieselbe Wirkung, wie eine von vornherein von so schweren Fehlern freie Diagnose. Wir glauben, daß so außerordentlich ernste „Irrtümer bei der Drucklegung“ absolut unmöglich sein müßten.

### Zerzilgewinne häufen sich.

#### Plauener Industriewerke verdienen 45 Proz. des Kapitals!

Der Direktion der Plauener Industriewerke A. G. in Plauen ist es diesmal sehr schwer gefallen, die Riesengewinne von 1927 unterzubringen oder, so gut es eben ging, zu verstecken. Hätte doch die Auszahlung einer 40prozentigen Dividende in der Öffentlichkeit unliebsames Aufsehen erregt. Solet wurde nämlich verdient, obwohl die Dividende „nur“ von 9 auf 14 Proz. erhöht wird.

Die Rechnung ist nicht schwierig. Die Bilanz weist nach Abzug sämtlicher Unkosten und nach vorheriger Rückstellung von 585 000 M. für Lantlemen und Provisionen einen Betriebsgewinn von 1,68 gegen 0,61 Millionen Mark aus. Davon merkten Abschreibungen auf die Werksanlagen abgezogen, die mit 800 000 M. die völlig ausreichenden Abschreibungen des letzten Jahres um mehr als das Dreifache übertreffen, so daß ein Reingewinn von rund 900 000 M. verbleibt, von dem 570 000 M. für Dividenden abfließen und rund 277 000 M. auf neue Gewinnrechnung vorgetragen werden.

Bei Einlegen der normalen Vorjahrsabschreibungen und der vom Gewinn vorweg abgezogenen Lantlemenrückstellungen ergibt sich folgende nette Gewinnliste:

Betriebsgewinne	1 683 000 M.
abzüglich Abschreibungen	240 000
	1 443 000 M.
zugüglich Lantlemen-Rückstellungen	585 699
<b>Tätiglicher Gewinn</b>	<b>2 028 699 M.</b>

Bei einem Aktienkapital von 45 Millionen Mark hat die Gesellschaft also über zwei Millionen, das sind fast 45 Proz. des Kapitals in einem Jahre verdient. Ob die Gesellschaft ihre Aktionäre kleiner oder größerer Dividenden zahlt, kann die Arbeiterschaft weiter nicht interessieren, sehr viel aber geht die 1200 Mann starke Belegschaft und die 150 Heimarbeiter an, was das Unternehmen im Laufe eines Jahres tatsächlich verdient hat.

### Norddeutsche Wollkammerei 12 Prozent Dividende für 50 Millionen Kapital.

Ueberraschend groß — angesichts der hartnäckigen Politik der Norddeutschen Wollkammerei und Kammerkammerei in Bremen bei den letzten schweren Lohnkämpfen — sind auch deren Gewinne. Nach den vorliegenden Nachrichten hat sich der Rohertrag von 8,23 auf 14,21 Millionen Mark für 1927 erhöht. Die Abschreibungen werden von 2,09 auf 4,3 Millionen Mark gesteigert. Aus der Arbeit der 18 000 im Konzern vereinigten Arbeiter und Angestellten wird mit 6,26 gegen 3,96 Millionen ein Reingewinn ausgewiesen, der um rund 60 Proz. erhöht ist. Auf das gelegentlich der Konzernbildung auf 50 Millionen erhöhte Kapital wird eine Dividende von 12 Proz. verteilt gegenüber 10 Proz. im Jahre 1926.

### Verdächtige „Vorschüsse“ auf Freigabegelder.

Es wird bestätigt, daß der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd von ausländischen Bankfreisen Angebote gemacht worden sind, die amerikanischen Freigabeforderungen der beiden Gesellschaften zu bevorzugen. Nach der „Vossischen Zeitung“ hat die Hagap das Angebot einer amerikanischen Bank auf einen Vorfuß von 10 Millionen Dollar angenommen. Dieser Vorfuß wird als „Anleihe“ bezeichnet. Darunter ist wohl zu verstehen, daß der amerikanischen Bank zur Bezahlung des Vorfußes der Anspruch der Hagap übertragen wird. Es liegt also keine Anleihe vor! Es ist bis heute noch absolut unklar, inwieweit der Zuwachs an Vermögen aus den amerikanischen Freigabeforderungen in Deutschland versteuert werden muß. Wird hier eine Anleihe eingetert, so wäre von vornherein die Möglichkeit gegeben, den deutschen Steuerfiskus um seine möglichen Ansprüche zu bringen. Staat und Öffentlichkeit haben deshalb allen Grund, sich um derartige Anleihebestimmungen zu kümmern.

### Wachsende Robeilen-, leicht sinkende Stahlerzeugung.

Für den Monat Februar ergibt sich nach den Feststellungen von „Stahl und Eisen“ eine Erhöhung der arbeitstäglichen Robeilenherstellung gegenüber Januar um 620 auf 38 703 Tonnen. Die Robeilenherstellung ist dagegen arbeitstäglich auf 52 608 Tonnen zurückgegangen. Der Robeilenerfordernis vom Januar ist also wieder überboten.

Weitere Auslandsanleihen werden von der Sächsischen Landespfandbriefanstalt zur Finanzierung der mittleren Industrie mit langfristigen Krediten — es handelt sich um 6 Millionen Dollar — und von der A. G. Sächsische Werke zum Ausbau der Unternehmungen — der Betrag ist noch unbekannt — in Verhandlungen mit amerikanischen Banken vorbereitet. In beiden Fällen handelt es sich um die weitere Ausnutzung früher schon teilweise in Anspruch genommener Anleihen.

Poincarés Frankenstabilisierung zugleich wirtschaftspolitische Maßnahme großen Stiles? Vertreter der Bank von Frankreich führen gegenwärtig mit der Leitung der amerikanischen Zentralbanken Verhandlungen, über die ein ganz besonders interessantes Merkmal für die von Poincaré bei der Frankenstabilisierung eventuell verfolgten Absichten berichtet wird. Es soll beabsichtigt sein, den jugoslawischen Dinar und den rumänischen Leu in eine Währung umzuwandeln von demselben Werte wie die des französischen Franken. Verbunden sei damit der Plan einer französisch-jugoslawisch-rumänischen Währungsunion — ähnlich der aufgelösten französisch-belgisch-italienisch-schweizerischen. Das amerikanische „Journal of Commerce“ bemerkt dazu, daß das Gelingen des Planes ein Beweis für die feste finanzielle Position Frankreichs auf dem Balkan sein würde.

## Ermäßigung der Fernsprechgebühren!

### Einstimmige Forderung des Reichstags.

Der Reichstag nahm gestern zunächst ohne Aussprache in allen drei Lesungen eine Vorlage an, durch die die Geltungsdauer des Gesetzes zur Regelung des Verkehrs mit Milch bis zum 31. März 1929 verlängert wird.

Die deutsch-niederländische Vereinbarung wegen der Verzollung von Holzglas in Deutschland wird gleichfalls debattelos in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das deutsch-schweizerische Übereinkommen über die Arbeitslosenversicherung der Grenzländer und die revidierte Pariser Verkehrsvereinbarung zum Schutze des gewerblichen Eigentums.

Angenommen wird weiter ein Antrag, der die Geltungsdauer des Gesetzes zur Entlastung des Reichsgerichts bis zum 30. Juni 1929 verlängert.

### Postdebatte.

Es folgt nun die zweite Beratung des Haushalts des Reichspostministeriums.

Reichspostminister Dr. Schädel. Die Finanzlage gestatte es nicht, bei den Neubauten und den Neuanlagen von Fernsprechämtern im bisherigen Tempo fortzufahren. Für das Jahr 1928 müßte sich die Post auf eine Anleihe von 50 Millionen beschränken. Sollten sich die Einnahmen günstiger gestalten als der Voranschlag, so werde das Ministerium weitere Mittel für Fernsprech- und Bauwesen anfordern. Zu den Befürchtungen wegen einer Erhöhung der Fernsprechgebühren erklärt der Minister: Gebührenerhöhungen werden solange nicht in Frage kommen, als der jetzige Preisstand der Wirtschaft bestehen bleibt. Im Gegenteil hätte ich im Fernsprechwesen Tarifsenkungen für notwendig, sobald die Finanzlage das ohne Beeinträchtigung der allgemeinen Verkehrsinteressen zuläßt. (Beifall.)

Abg. Seppel (Soz.) bedauert, daß die an sich begrüßenswerten Rationalisierungen des Postbetriebes auf Kosten der Beamten durchgeführt worden sei. Er wendet sich gegen die Auslegung einer Ministerialverordnung, die zur Entlassung von Helfern geführt habe. Dieselben Wirtschaftskreise, die ständig den Abbau der Behörden fordern, protestieren immer, wenn gerade in ihrem Ort die Forderung verwirklicht wird. Von den bayerischen Reichspostanstalten sollten endlich die weißblauen Hohlblechzeichen entfernt werden. Vielesach werde behauptet, daß die Fernsprechbenutzung der Teilnehmer falsch berechnet werde. Gegen eine Breslauer Firma hat die Reichspostverwaltung Strafantrag wegen Fälschung gestellt, weil die Firma sich mit einer Beschwerte wegen falscher Gesprächszählung an einen Reichstagsabgeordneten gewandt hätte! (Hört! hört!)

Die Breslauer Oberpostdirektion ist offenbar deutschpöktisch eingestellt.

denn sie überträgt den Staatsauftrag zur Herstellung des Fernsprechverzeichnis eines deutschpöktischen Druckereibesitzer, der wegen Verleumdung und Beleidigung der Reichsregierung wiederholt bestraft worden ist. (Hört! hört!) Der Redner bringt dann zahlreiche Beamtenbeschwerden aus einzelnen Direktionsbezirken vor.

Abg. Bruha (Dnat.) begrüßt die Verbesserungen des Post- und Fernsprechbetriebes auf dem flachen Lande. Auf diesem Gebiete müsse noch mehr geleistet werden, besonders im Ausbau des Kraftpostwesens. Hier dürfe nicht die Rentabilität einer Linie maßgebend sein, wenn es sich um die Erschließung schwachbevölkerter Gebiete handelt.

Abg. Alletotte (Z.) weist die Meinung zurück, daß bei der Post noch zu viele Beamte beschäftigt seien. Die Postbeamtenhaft müsse so geschult und so besoldet werden, daß sie ihren schweren Dienst nicht nur gewissenhaft, sondern auch freudig verrichten kann.

Abg. Dr. Cremer (DVP.) erklärt, der Telegrammbestdienst müsse modernisiert werden. Im Zeichen des Rotortrades müsse hier eine Beschleunigung möglich sein.

Gepriift werden müsse die Frage, woher es kommt, daß bei der Post die Inaktivität der Beamten viel früher eintritt als in allen anderen Verwaltungen und Wirtschaftsbetrieben.

Die außerordentlich starke Steigerung der Personalkosten bei der Post bedürfe der Aufklärung. Es wäre richtig, mit der Einstellung von Postlehrlingen anzufangen und möglichst Parteigeldempfänger wieder einzustellen.

Abg. Schmidt-Steglich (Dem.) bemängelt, daß sich eine unmittelbare Wirkung der Rationalisierung auf Wirtschaft und Allgemeinheit nicht gezeigt habe. Vielmehr habe man im Oktober eine Fortenerhöhung vorgenommen. Die Preispolitik der Post habe sich in

keiner Weise von der schädlichen Steuer- und Zollpolitik der Reichsregierung unterschieden.

Abg. Torgler (Komm.): Bei den Rundfunkgesellschaften herrscht Korruption und Betrübnwirtschaft. Die Rundfunkgebühr muß ermäßigt oder nach dem Einkommen gestaffelt werden.

Abg. Mollath (Wirtsch. Bgg.): Angesichts der schnellen Entwicklung der Technik auf dem Gebiete der drahtlosen Telephonie müsse erwogen werden, ob jetzt so große Summen für die Neueinrichtung automatischer Fernsprechbetriebe auszugeben werden sollen auf die Gefahr hin, daß diese Einrichtungen schon morgen überholt sind. Die Fernsprechgebühren müßten zugunsten der Wertsprecher ermäßigt werden. Die Wirtschaftspartei werde einen entsprechenden Antrag einbringen.

Abg. Schmidt-Steglich (Dnat.) bespricht die Besoldungsverhältnisse. Abg. Gerauer (Bayr. Vp.) verlangt besseren Beständienst auf dem flachen Lande.

Reichspostminister Dr. Schädel stellt fest,

daß seit dem Bescheide des Postfinanzgesetzes die Reichspost ihr Vermögen um 700 Millionen erhöht habe.

Das Gesetz habe sich durchaus bewährt und der Verwaltung die notwendige Beweglichkeit gegeben. Vom Standpunkt des Postministers wäre es bequemer, wenn die Post wieder in den allgemeinen Reichshaushalt eingegliedert würde, aber vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus ist das jetzige Verhältnis zweckmäßiger. Als rein kaufmännisches Unternehmen ist die Post nicht denkbar, wenn sie nicht große ohne Gewinn arbeitende Betriebszweige ganz aufgeben soll. Die Ablieferung der hundert Millionen an das Reich war notwendig, denn die Post kann bei der Deckung der großen Reichsausgaben nicht abseits stehen. Die Portoerhöhung hat zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten nicht geführt. Die Rationalisierung des Betriebes hat seit 1920 dazu geführt, daß ohne stärkere Anspannung des Leistungsmahes der Beamten und bei großer Steigerung des Verkehrs doch das Personal um 98 000 Kräfte vermindert werden konnte. Wir wollen keineswegs das Berufsbeamtenum durch Arbeiterentlassungen zurückdrängen. Ich lege Wert auf Arbeitsruhe beim Personal und wünsche nicht einen Kasernenstaat, sondern den Geist der Kameradschaft. Mißgriffe bei der Gesprächszählung sind zu bedauern, werden sich aber nie ganz vermeiden lassen. Den Breslauer Fall mißbillige ich, ich habe die Einstellung des Verfahrens veranlaßt. Die Vergabung des Druckauftrages für das Breslauer Fernsprechverzeichnis entsprang nicht politischen Gesichtspunkten. Die Druckerei hatte das Mindestgebot gemacht.

Damit schließt die Beratung.

Das kommunistische Mißtrauensvotum wird gegen die Stimmen von drei anwesenden Kommunisten unter großer Heiterkeit abgelehnt. Einstimmig wird der Antrag Mollath (Wirtsch. Bgg.) auf Ermäßigung der Fernsprechgebühren für Wenigspächer angenommen.

Um 18 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend, 13 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben verschiedenen kleineren Berlagen der Haushalt des Reichspräsidenten.

## Die Begabenschule in Preußen

### Auf 600 Arbeiterkinder 35 000 Beamtenkinder.

Im Landtag nahm am Freitag die Debatte über das Volksschulwesen noch mehrere Stunden in Anspruch. Im Mittelpunkt der Erörterung stand nach wie vor der Berliner Schulstreit und die Erhöhung der Pfarrerbesoldung. Die Deutsche Volkspartei fürchtet augenscheinlich, daß sie wegen ihrer Haltung zum Schulgesetz, bei dem sie nicht alle kirchlichen Ansprüche schlußlos konnte, einigen evangelischen Orthodoxen verdächtig werden könnte; sie übertrumpfte deshalb in Scharfmacherei gegen die weltliche Schule und Hege zum Schulstreit selbst die Deutschnationalen.

Im Namen des Ministeriums legte Ministerialdirektor Kaestner noch einmal die völlige Grundlosigkeit und Sinnlosigkeit des Berliner Schulstreits dar. Er machte die nur allzu wahre Bemerkung, daß, wenn in der preussischen Schulverwaltung Ungerechtigkeiten beständen, sie nur verübt würden gegen die weltliche Schule und gegen republikanische Lehrer.

Der sozialdemokratische Redner Genosse Dohr konnte dem Standpunkt des Ministeriums nur beistimmen.

Im Landtag wurde die Behauptung aufgestellt, Ministerialdirektor Kaestner sei Sozialdemokrat. Das ist nicht der Fall. Aber er ist ein moderner Pädagoge und ein vernünftiger, gerechter und wahrheitsliebender Mensch. Und das bestimmt seine Haltung in der Frage der weltlichen Schule.

Zur Frage der Pfarrerbesoldung legte noch einmal Genossin Wellmann den unbedingt ablehnenden Standpunkt der Sozialdemokratie fest. Sie nahm die Gelegenheit wahr, um mit der Heuchelei derjenigen christlichen Geistlichen abzurechnen, die noch immer ein antisoziales Kanonentirchentum predigen.

Abschließend schilderte Genossin Destréich die Not der Schule in Ostpreußen, namentlich in den Grenzbezirken. Neben der finanziellen Not der Volksschule existiert dort freilich eine ebenso große politische Not der Republikaner in der Volksschule, weil das Ministerium gegen die Reaktion bei weitem nicht die nötige Energie aufwendet.

Zum nächsten Kapitel der höheren Schulen vertrat Genossin Dr. Wegscheider unsere alte Forderung einer wirklichen Begabenschule. Sie führte zu diesem Punkte etwa aus: Von der Umbildung der höheren Schule zur Begabenschule sind wir noch weit entfernt: etwa 600 Söhnen und Töchtern von Arbeitern auf den höheren Schulen stehen allein 35 000 Kinder von höheren Beamten gegenüber. Der Hauptmangel der höheren Schule ist das Fehlen eines die Jugend erfüllenden Lebensinhalts. Daher die Klagen wegen Ueberbürdung, die nur bedeuten, daß eine weisensfremde Arbeit zu einem weisensfremden Zweck die Jugend ermüdet. Einer besonderen Pflege bedarf die Aufbauschule, die die begabten Kinder am längsten mit ihrer proletarischen Basis verbunden sein läßt. Auch die Werkerschule nach österreichischem Muster hat unsere Sympathie. Die Stellung der Lehrer muß unausgesetzt weiter gehoben werden; denn Lehrarbeit ist Künstlerarbeit. (Sehr gut! bei den Soz.) Vor allem aber fordern wir für die höheren Schulen das Volksbewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber dem neuen Staat. Mit Mißbilligungsschreiben, die den Betroffenen wahrscheinlich großen Spas machen, wird die Republik sich und ihr Wesen nicht durchsetzen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Nach langer Debatte wird auch dieses Kapitel erledigt.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr: Rest des Kultusetats (Unterricht, Kunst).

## Reichswehrkinder.

### 13 700 eheliche, 10 600 uneheliche Soldatenkinder.

Das Reichswehrministerium veröffentlicht eine bildliche Darstellung der Herkunft und des Familienstandes der Reichswehrsoldaten. Aus den Graphiken geht hervor, daß 53 Proz. der Soldaten vom Lande stammen und nur 46,3 Proz. aus der Stadt. Der Anteil der agrarischen Bevölkerung an der Reichswehr ist also beträchtlich größer als jener der industriellen Arbeiterschaft.

Den Luxus der Ehe konnten sich nur 13,7 Proz., also 13 700 Reichswehrgenährte gestatten, während 84 317 es als auskömmlich ansahen, angesichts ihrer „dürftigen“ Wohnung eine Familie zu gründen.

Nach der offiziellen Statistik zählte man 13 763 eheliche und nur 10 606 uneheliche Reichswehrkinder. Da es sich um eine „offizielle“ Statistik handelt, so wurden nur jene unehelichen Kinder gezählt, deren Väter sich selbst zu ihnen bekannten oder deren Mütter ihre Alimentationsansprüche geltend machten. In Wirklichkeit aber dürfte die Zahl der unehelichen Reichswehrkinder weit größer sein.

Und wo wurden die meisten unehelichen Kinder in die Welt gesetzt? Der höchsten Beteiligung kann sich die 7. Division rühmen, die in Bayern 16 Proz. aller unehelichen Reichswehrkinder in die Welt setzte. Die 4. Division brachte es in Schlesien „nur“ auf 15 Proz., die 1. Division in Ostpreußen auf 14 Proz. Jedenfalls ergibt sich die Tatsache, daß gerade die agrarischen Gebiete die höchste Zahl unehelicher Reichswehrkinder stellen. Die Frauen des städtischen Proletariats haben also weniger Begeisterung für das Militär gezeigt.

Wer sorgt aber für diejenigen Kinder, deren Reichswehroäter sich nicht dazu bekamen haben? Die Soldaten können nicht, die Reichswehrverwaltung ihrerseits wird wenig Lust dazu zeigen! Und da dürfte es wieder auf jenen Endeffekt hinauslaufen, den Heine so schön formuliert hat:

„Und da jeder zahlen wollte,  
Zahlte keiner von den beiden.“

# 3=4! ein Problem? Nein!

Dann jedes Auge sieht das verstärkte Format,  
jede Nase atmet die aromatische Würze  
der verbesserten MOSLEM-Zigarette  
zum neuen Preise statt 3 Pf. jetzt 4 Pf.

...also, nur ein - Moslem  
PROBLEM



**Theater Lindspiele**  
 Deutsches Theater Norden 12.310  
 Abonnementbüro: Norden 10.335-39, 8 1/2 Uhr, Ende 10 U  
**Zwölftausend** Sonntag, den 15. nachm. 4 Uhr  
**Zinsen** von Bernard Shaw Preise 1-7 M.  
**Kammerspiele** Norden 12.310  
 8 1/2 U. Ende nach 10  
 Finden Sie, daß Constanza sich richtig verhält?  
**Die Komödie** Bismarck 2414-7516  
 8 1/2 U. Ende 10 1/2 U.  
**Marcel Fradelin** (Der Eunuch)  
 Berliner Theater  
 Direktion Kuhnert  
 Grolfstr. 53-51. Neb. 17  
 8 1/2 Uhr  
 Letzte 2 Aufführungen!  
**College Crampton** mit Max Adalbert  
 Montag geschlossen  
 Dienstag, 20. März 7 1/2 Uhr  
**Premiere**  
**„Die Bolle Sisters“**  
 Ein Berliner Volksstück von Friedrich Froh. u. Max Meyer, aus Wöll. Carl Laut  
**Piscatorbühne**  
 Theater am Nollendorfsplatz  
 Kurtfürst 2071/53  
 Anf. 8. Ende geg. 11  
**Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk** mit Max Paulesberg  
 Intz. Erwin Piscator  
 Gastspiel im **Lessing-Theater** Norden 12795  
 Täglich 8 Uhr  
**Boppa, wir leben!** von Ernst Toller  
 Intz. Erwin Piscator  
 Jannowitz-Jänin  
 Th. Königerstr. 21  
 Bergm. 2110  
 8 1/2 Uhr  
**Flucht** von John Galsworthy  
 Intz. V. Jannowitz  
 Komödienhaus Norden 6304  
 Tägl. 8 1/2 Uhr  
**Broadway**  
 Theater des Westens  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Zigeunerbaron**  
 K. u. I. n. a. G. (Herrn  
 Lichtenstein,  
 Hofbauer, Fleischler  
 Ober, Jastob, Wieser,  
 Bradsky, Brandt)  
**Walhalla-Th.**  
 Weinbergsweg 19/20  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Absteigequartier**  
 Schwank in 3 Akten  
 Jeweils kein Teil  
 Vorzeiger dieses  
 zahlen für Parken  
 auch Sonntags statt  
 4,- Mk. nur 60 Pl.  
 Sonntag, nachm. 4 Uhr  
**Der Rattenfänger**  
 von Hameln  
 Parkett v. 50 Pl. an  
**Kleines Theater**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Erika Glässner**  
 in  
**Greichen**  
 Für Jugendliche  
 nicht geeignet  
 Sonntag 4 Uhr  
 kleine Preise  
**Lissy, die Kokotte**  
 Th. im Admiralspalast  
 Letzter Monat  
 Tägl. 8 1/2 Uhr  
**BALLER-REVUE**  
**„Wann und wo!“**  
 2 Sonntag  
 Vorstellg.  
 3 Uhr u. 8 1/2 Uhr  
 In den 2. u. 3. Vorst.  
 stellen zu 1/2 Preis  
 schluß der Spielzeit  
 25. März  
**CIRCUS BVSCH**  
 7 1/2 Uhr  
**Neue Circus-Attraktionen!**  
 9 Uhr  
**Wasser-Schauspiel**  
**Die Hosen des Herrn v. Dredow**  
 Sonntag halbe Pr.  
 3 Uhr  
**Reichshallen-Theater**  
 u. Bilder aus  
 Die Hosen des  
 Herrn v. Dredow  
 u. fr. Circusprogr.

Sonnab., 17. 3. 28  
**Staats-Oper**  
 Am Pl. d. Republi.  
 8 Uhr  
**Tosca**  
 Staats. Schauspiel.  
 im Gendarmenmarkt  
 8 Uhr  
**Prinz Louis Ferdinand**  
 Sonnab., 17. 3. 28  
**Städtische Oper**  
 Bismarckstr.  
 Al.-Ten. I. Anf. 7 1/2  
**Carmen**  
 Staatl. Schillorth.  
 Charlottenburg  
 8 Uhr  
**Das Duell am Lido**  
**Volksbühne**  
 Theater am Nollendorfsplatz  
 8 Uhr  
**Die Entkleidung des Antonio Carossa**  
 Th. am Schillbausem  
 8 Uhr  
**Der Zigarettenkasten**  
**8 U. SCALA**  
 Nollendorfsplatz 7300  
**Enrico**  
**Rastelli**  
 und weitere internationale  
**Varieté-Attraktionen.**  
 Sonnabends u. Sonntags  
 Je 2 Vorstellungen:  
 3 1/2 u. 8 Uhr - 3 - zu ermäßigten  
 Preisen des ganzen Programms.

Grosses Schauspielhaus  
 Anfang 8 Uhr Ende 11 Uhr  
 REGIE:  
**CHARELL**  
**DOMPADOUR MASSARY**  
 Sonntag um 3 Uhr halbe Preise

**Komische**  
 8 1/2 Uhr Oper 8 1/2 Uhr  
**James Klein's**  
 gewaltiges neues  
**Revue-Stück:**  
**Zieh' dich aus!**  
 200 Mitwirkende.  
 Sonntag  
 2 Vorstellungen: an nachmittags  
 3 1/2 Uhr bedeut. ermäß. Preise  
 Vorverkauf ab 10 Uhr  
 ununterbrochen

**Renaissance-Theater**  
 Steilplatz 901  
 8.10 Uhr **Coeur Bube.**

Lustspielhaus  
 8 1/2 Uhr  
**Guido Thielscher**  
**„Unter Geschäftsaufsicht“**  
**Residenz-Theater**  
 Tägl. 8 1/2 Uhr  
 Kein Polizeiverbot  
**Oskar Ebeisbacher**  
 in  
**Schule der Liebe**  
 Frau-Schwank in 3 Akten.  
 Für Jugendl. verb.  
 für feststehende halbe Preise  
 Sonntag 3 1/2 Uhr  
 halbe Preise  
**Schule der Liebe**  
**Metropol-Th.**  
 Zentrum 128 24  
 8 Uhr  
**Der Graf von Luxemburg**  
 Hede Matzer  
 Intz. Arthur Harnisch, Kathar  
 Selen, Hell, Hoffmann  
 Sonntag 1/4 Uhr  
 kleine Preise  
**Gräfin Maritza**

**Tanz-Kaffee**  
**„Südsterne“**  
 Urbanstraße 72-76  
**Primus-Palast (am Hermannplatz)**  
**HEUTE ERÖFFNUNG**  
 4<sup>30</sup> Uhr  
 Wir bieten bei freiem Eintritt  
 und soliden Preisen die Sensation:  
**2 Kapellen-Hawaiian-Band**  
**ALFRED JANSEN**  
 Die Stimmungs-Kanone  
 singt die neuesten Schlager zum Tanz

**Ramon Novarro**  
 in seinem neuesten  
 Film  
**VERLEUMDUNG**  
 mit  
**Alice Terry**  
 Ramon Novarro's  
 größte Rolle seit Ben Hur  
 Auf der Bühne: Gastspiel  
**JAZZ ALFA FLÜGEL**  
 ERSTES KLAVIER-QUARTETT  
 A. Gelbrunk, L. Mittmann, A. Zakin,  
 I. Pomerano  
 Wochentags 7 9 15 Sonntag 5 7 9 15  
**UFA-PALAST AM ZOO**  
 Vorverkauf bei A. Werbeln und ab 12 Uhr im  
 Ufa-Palast (Tel. Bismarckstr. 62, 1037)

**NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN**  
 Regelmäßige direkte Abfahrten  
 mit **Doppelschrauben-Dampfern**  
 für Reisende u. Auswanderer von Bremen nach  
**CANADA**  
 Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt  
 Berlin: Norddeutscher Lloyd, Agentur Berlin, G. m. b. H., Unter  
 den Linden 1 (Hotel Adlon), Fernspr.: Zentr. 122.30 u. 122.31.  
 F. Montanus, Generalvertretung d. Norddeutschen Lloyd,  
 Invalidenstr. 93 (zwischen Lehrter u. Sietlinger Bahnhof),  
 Fernsprecher Norden 12.241 und 7916.  
 Weltreisebüro „Union“, Unter den Linden 22.  
 Potsdam: E. Römler, Brandenburger Straße 32.

# NEUE PREISE!

**NOCH BILLIGER -- UND NOCH BESSER!**

Wir bieten den höchsten  
 Gegenwert für Ihre Zahlung

Wenn man von dem modernsten  
 und vollkommensten Standard-  
 Wagen spricht, denkt man selbst-  
 verständlich nur an den  
**„ADLER STANDARD 6“**  
 Er besitzt alle letzten Errungen-  
 schaften höchstentwickelter  
 Technik und alle Feinessen  
 erlesener Konstruktion.

Oldruck-Vierradbremse  
 Einpedaldruckschmierung  
 Ganzstahlkarosserien  
 Brennstoff-, Öl- und Luftfilter  
 Bendix-Patent-Antrieb  
 Reichste Verwendung von  
 Elektron-Metall  
 Federdämpfer, Stoßstangen  
 Elegante Linie - modernste  
 Farben.



**ADLER STANDARD**  
**6**  
 OFT KOPIERT -- NIE ERREICHT

## NEUE PREISE!

**ADLER STANDARD 6**

Fahrgestell	RM. 5500.-
Zweisitzer, offen	RM. 7100.-
Viersitzer, offen	RM. 6700.-
Limusine, 4sitz	RM. 7300.-
Cabriolet, 2sitz	RM. 8100.-
Cabriolet, 4sitz	RM. 8600.-

Ab Werk Frankfurt am Main

Auch die Adler Modelle  
 6/25 und 1150 PS  
 im Preise erheblich herabgesetzt

**ADLERWERKE** vorm. Heinrich Kleyer A. G. FRANKFURT A. M.  
 Filiale Berlin: Belle-Alliance-Straße 6 und Unter den Linden 12/13.  
 Vertreter: Automobil-Ausstellung, Wilhelm Balzer A. G., Budapester Straße 9.

**CASINO-THEATER** 8 Uhr  
 Lothringer Str. 37.  
**Doktor Klaus.**  
 Ausscheiden! Gutschein 1-4 Pers.  
 Pauteuil nur 1,10 M., Sessel 1,60 M.

Saltanburg-Bühnen  
 Das Künstler-Th  
 8 Uhr  
**Die goldne Meisterin**

Theater d. Lützowstr.  
 Tel. Kurt. 929-13  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Bennet**  
 contra  
**Aschenbrödel**  
 Sonntag nachm. 4 U  
 Das lustige  
 Osterprinzenchen  
 Ostermärchen mit  
 Gesang u. Ballett

**Winter Garten**  
 8 Uhr  
**Otto Reutter**  
 und das große Programm!  
 Sonntag 2 Vorst. ungen 2  
 3 1/2 u. 8 Uhr, 3 1/2 kleine Preise

**Theater am Kottbusser Tor**  
 Kottbusser Straße 6. Tel. Mpl. 16077  
 Täglich 8 Uhr  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr  
**Elite-Sänger**  
 im März-Spielplan d. gr. Schlager:  
**„Ob diese Schwiegersonne“**  
 Volkstück in 1 Akt.  
 Ferner: Schorsch Russell, der Meister  
 der Komik in **„Frühlingstraum“**

**Rose-Theater**  
 Gr. Frankf. Str. 132.  
 4 Uhr  
**Max u. Moritz**  
 8 1/2 Uhr  
**Der Flieger**  
**Thalia-Theater**  
 Dresdner Str. 72.73  
 8 U.: Das Kamel geht  
 durch das Nadelöhr

**Planatorium am Zoo**  
 fertige, nachmittags 11  
 Noll. 1328  
 16 1/2, 18, 19 1/2, 21 Uhr  
 Sternhimmel und  
 Kalender  
 Eintritt 1 M.  
 Kinder evtl. 1/2 Jahre 1,50 u.

**Reichshallen-Theater**  
 8 Uhr, Sonntg. nachm. 3 Uhr.  
 Das wundervolle Progr. der  
**Stettiner Sänger**  
 nachm. ermäß. Preise.  
**wönhoff-Breit's**  
 Glanzvolles Varieté-Programm!  
 Tanz! Anfang 8 Uhr, Slgs. 5 1/2

## Die gute Kohle.

Von Vera Inber. Deutsch von C. Borrihoff.

Aus dem letzten erschienenen Kassenband der bekannten russischen Schriftstellerin Vera Inber, eine der besten Kennnerinnen der modernen Kinderpsychologie, schildert in der vorliegenden Skizze das Willen der englischen Dienstmädchen während des letzten Generalstreiks.

Die hübschblonde Mary-Anna, welche mit ihren großen Augen und winzigen Ohren alle ihre Freunde wahrhaftig machte, fing in der Küche ein Käsebrot und fraß es. Das war nichts Besonderes, wenn man wußte, daß Mary-Anna eine Kasse war. Und dennoch war es merkwürdig, da diese Kasse sich des Bismarckes erfreute, weder Käse zu fangen, noch diese zu fressen. Der kleine Bill bemerkte es, als er die Treppe hinunterstieg, um in der Molkerei Butter und Brot für das Nachmahl einzukaufen. Auf der fünften Stufe sah er die Mary-Anna. Er vergaß das eigene Nachmahl und schaute zu, wie diese großäugige Schönheit nachmahlte. Tief erschüttert ging er dann hinauf und jagte seiner Schwester Soufame: „Susi, die Mary-Anna hat eine Kasse gefressen. Ich hab's gesehen. Und wir haben doch mit allen Schulkollegen gewettet, daß unsere Mary-Anna nicht einmal die raffigste australische Katze, auch wenn man diese mit Zucker und Rosinen bestreute, anrühren würde. Was geschieht nun jetzt? Wir haben also verpielt. Diese Mary-Anna! Sie hat es absichtlich getan.“

Susi machte runde Augen und antwortete leise: „Sie hat es nicht absichtlich getan, Bill, sie ist hungrig; verstehtst du? Die Mutter füttert sie seit drei Tagen nicht mehr.“

Gegen Abend begann der Regen gegen die Fenster zu trommeln und der Wind blies schauerlich im Ofenrohr. Die Stimmung schien sehr traurig zu sein und erinnerte an Mister Kreegs, den Lehrer, als er fragte: „Nun, Bill Sweeft, oder, nun, Soufame Sweeft, erzähle uns alles, was dir von der Sündflut bekannt ist?“ Man bedachte den Tisch. Butler gab es keine und mit dem Brate war es auch nicht allzu üppig. Bill erklärte sich diesen Umstand damit, daß nicht er, Sohn eines Schacharbeiters und Künstler Schachler mit starken Fußballmuskel, in den Baden gegangen sei, sondern seine Mutter, ein schwaches Weib und dazu noch keine Sportlerin... Bill steckte seine Hände in die Taschen, verzog seine Lippen, ganz wie sein Vater, als er seine Pfeife rauchte, und sagte ebenfalls, ganz wie sein Vater: „Über das Wetter! Bei solcher Witterung ist es am gemütlichsten, beim Kamin zu sitzen, wo unsere gute Newcastlesche Kohle brennt.“ Nach diesen Worten schaute Bill in den Kamin und bemerkte, daß bloß zwei Stückchen drin lagen; die Betonung „gute“ schien diesem am wenigsten geeignet.

Bill setzt sich vor den Ofen, stieß die hinterlistige Mary-Anna mit dem Fuß und sagte: „Susi, der Vater ist nicht zu Hause. Weißt du nicht, wo er ist?“

Susi wußte aber alles; das war ihre Eigentümlichkeit. „Der Vater war auf den Weg hinausgegangen, dort, wo am Schiff ein Biertrug dargestellt ist, aus dem der Schaum heruntertröpfelt, wie bei einer Seltz... wenn man den Kopf wäscht. Dort sind sie alle und konfizieren, weißt du...“

„Konfizieren? — wunderte sich Bill — und warum?“

„Sie beraten und beschließen, noch durchzuhalten. Du, bei den gebratenen Kartoffeln, die uns Mutter heute geben wird, denke daran.“

„Und warum, Susi?“

„Weil du davon so viel isst, daß das „Durchhalten“ immer schwieriger wird.“

„Über warum?“ fragte Bill wieder an, doch kam in diesem Augenblick der Vater. Von seinem Regenmantel rann das Wasser, die Kappe hing herab, und das lange graue Halstuch sah einem dicken nassen Tau ähnlich.

„Du bist gekommen, Dad,“ sagte die Mutter, „es ist schon spät, die Kinder gehören schon ins Bett. Und das Wetter...“ Dabei schaute sie ihn unverwandten Blickes an.

„Morgen werden in unserem Verein irgendwelche Produkte verteilt.“ kam es von den Lippen des Vaters, indem er sein nasses Gesicht auswuschte. Milch und Eier erhalten bloß Kinder, die krank sind.“

„Milch... bist du nicht krank, Susi?“ fragte Bill leise und fügte schmerzhaft hinzu: „Ich bin gesund. Der blaue Fleck am Fuße zählt wahrscheinlich nicht. Wenn ich aber, zum Beispiel, von der Wasserpumpe herunterpurge?“ Was meinst du?“

Susi vergaß nicht, bei den gebratenen Kartoffeln ihrem Bruder einen bedeutungslosen Blick zuzuwenden. Doch Bill schien es nicht zu merken. Er erzählt dem Vater, wie in der Schule der Lehrer Mister Kreegs ihn über die Sündflut befragte und welche Folgen daraus entstanden.

„Nun, was geschah später?“ erkundigte sich der Vater neugierig.

„Lauter Unannehmlichkeiten. Mister Kreegs hat mich aufgerufen und gefragt: „Was kannst du von Noah erzählen? Wer war Noah?“ Und ich antwortete: „Ich kann bloß sagen, daß Noah ein Streikbrecher war. Er hatte sich gerettet, während alle übrigen ertranken.“

Bill blickte auf den Tisch und bemerkte, daß sein Teller verschunden war. Er konnte sich aber gut erinnern, daß noch eine große gut gebratene Kartoffel darauf gelegen hatte, eine ganze und eine halbe. Warum hat man sie so rasch weggenommen, während er vom Schullehrer erzählte? Er sah auch, daß die Mutter alle Ueberreste in das Töpfchen zusammenschüttete. Und da erinnerte er sich an die Worte Susis...

„In der Nacht umhüllt die Anfrühlung kalter Nebel. Jergendwo gibt es Mondnähte, warmes Meer und helles Herz. Hier aber war der bergige Boden hart, die Schächte lagen totentstarr da, und ein kohleneschwarzer Himmel hatte sich auf die Dächer herabgebeugt. Bill, der vom Greise Noah mit heißen Kartoffeln träumte, ermachte, weil es ihm kalt wurde.“

„Susi,“ rief er, „schläfst du nicht? Warum ist es auf einmal kalt geworden?“

„Sprich leise, Bill, ich glaube, daß man gestern schlecht geheißt hat.“

Die Eltern schliefen auch nicht. Der Vater mit dem lachumwästelten Hals ging einige Male aus, und beim Wichte der Laterne versuchte er irrend etwas genau zu lesen.

„Nun?“ fragte die Mutter.

„Das Thermometer fällt. In den letzten drei Stunden ist es um fünf Grad kälter geworden.“

Es trat eine Totenstille ein.

„Morgen ist unser Kohlenvorrat zu Ende. Es bleibt uns genau fünf Foviel, daß ich die Leckanne auffochen kann.“

Aus der Ecke, wo die Mutter saß, vernahm man wieder eine Stimme.

## Der verschwundene Zeichenkasten.

Ein pädagogisches Problem.

In der Zeichenstunde wird in der 5ten Klasse einer Gemeindegemeinschaft entlehrt, daß einer Schülerin der Zeichenkasten mit dem verschiedenen Material fehlt, der sich stets am bestimmten Platz, wie bei allen Schülern, unter der Bank befand. Wer kann den Kasten fortgenommen haben? Umfrage durch die Klasse: Wer hat den Kasten von Hilde geh. an sich genommen? Es meldet sich niemand. Der Lehrer hält ein Zehn-Minuten-Donnerwetter für angemessen und bemerkt, daß die ganze Klasse nachsichtigen müsse. Darauf melden sich einige, die wenig Lust zum Nachsichtigen haben, und wollen diesen und jene mit dem Kasten gesehen haben. Der Verdacht bleibt auf einem Mädchen, Hedwig, hängen, das schon öfters Röhren, Taschentücher und dergleichen an sich genommen hat. Aus welchen Motiven wohl? Nach einigen Tagen fand man die vermissten Gegenstände an einem unermuteten Orte immer vor... Hedwig leugnet, den Kasten „genommen“ zu haben. Im Laufe der Auseinandersetzung spricht der Lehrer von „einem Recht, das anzuzugehen“, „Diebstahl“ usw. Hedwig bleibt stoffsteif. Die Klasse tuschelt über sie; Hedwig ist innerlich empört und wird sich bei nächster Gelegenheit mit verschiedenen Mitschülern „abfinden“. — Hedwig soll am nächsten Morgen den Kasten mitbringen.

Am nächsten Morgen kommt Hedwig ohne den Kasten, worauf sie der Lehrer schimpfend nach Hause schickt. Verbittert läuft die Kleine bei heftigem Regenwetter in die ziemlich entlegene Wohnung, ohne sich in ihrer Stimmung Zeit zum Anziehen des Mantels zu nehmen. Nach einer Stunde kommt die Mutter mit Hedwig in die Schule; es gibt eine heftige Auseinandersetzung erstens wegen der Bezeichnung „Diebstahl“ in bezug auf Hedwig, zweitens darum, daß der Lehrer das Kind angeblich ohne Mantel in den Regen geschickt hat. Die Klasse bekommt einen wenig schönen Antritt zwischen dem Lehrer und der Mutter zu sehen, Worte wie Hausfriedensbruch usw. fallen.

Der Erfolg? Die Klasse wird in einer bösen Art auf die Mitschülerin gehet, schon durch den merkwürdigen Beginn der „Untersuchung“ des Falles durch den Lehrer. — Sie kommt dazu, zu hören, daß der Lehrer genau so schimpfen und drohen kann wie räuberische Personen. — Die Angeberei und Beherei wird begehrt durch unmittelbare Drohungen. — Ein Kind verliert den Zusammenhang mit der Klassengemeinschaft und wird aus ihr ausgestoßen, sein feilsches Gleichgewicht schwer erschüttert. — Eine Mutter wird in Aufregung gebracht.

Was tut in einem solchen Falle der moderne Pädagoge? Er hat sich niemals den ihm anvertrauten Kindern gegenüber gewalttätig und auf seine körperliche Ueberlegenheit pochend gezeigt. Und darum hat er zu den Kindern ein innigeres Verhältnis. Darum wird es wirken, wenn er auffordert, der Kasten möge von dem-

jenigen, der ihn fortnahm, wieder an den rechten Ort gestellt werden. Darum wird er bei seinem Hinweis, daß das nötig sei, um Hilde nicht in ihrer Zeichenarbeit zu behindern, bei den Mitschülern nolles Verständnis finden. Darum wird es lebendig aufgenommen werden, wenn die Bemerkung fällt, daß Hilde nun das Verfaulste nachholen müsse. Die Schüler empfinden, wie unangenehm es für Hilde ist, daß sie nun in ihrer Arbeit zurückbleibt.

Dieses Verhalten des Schullehrers bedeutet, daß dem Kinde, das den Kasten fortnahm, eine Möglichkeit zum Wiedergutmachen bleibt, die ihm der individual-psychologisch eingestellte Lehrer überhaupt immer und in erster Linie lassen darf.

Wer will behaupten, daß das Kind Hedwig den Kasten mit der Absicht nahm, zu stehlen? Wer will behaupten, daß ein Kind sich ganz klar ist über Eigentumsbegriffe? So klar, daß es niemals Verlangen nach eines anderen Gut befähigt? Nicht ein Kind, das nicht schon begehrt hätte, was dem andern gehört. Die kindlichen Hemmungen, sich daran zu vergreifen, müssen gestiftet werden. Der moderne Pädagoge wird im übrigen seine Kinder so weit kennen, daß er weiß, wenn er die Fortnahme des Kastens zutruhen darf; er wird im Falle, daß der Kasten am nächsten Morgen noch nicht da ist, die Klasse auffordern, Hilde zu neuem Material zu verbessern. Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit werden an Stelle der Angeberei und Kraftschuld gefördert, wenn jeder Mitschüler etwa einen Stift, einen Gummi usw. abgibt, damit Hilde zu Zeichenmaterial kommt. Der Lehrer wird ferner helle Augen auf den oder die Verdächtigen haben, um sie, wenn er bestimmte Beobachtungen gemacht hat, zu fragen, warum sie den Kasten fortnahm. Das Kind Hedwig würde nicht als minderwertiger Mensch gestempelt, den man „anzeigen“ und verpegen kann. Die Klassengemeinschaft wird nicht gestört, der Lehrer ertut neues Vertrauen, weil er der Klasse Hilfsbereitschaft zutraut. Das Kind Hedwig würde in seinem Gleichgewicht nicht gestört, hätte Gelegenheit, ohne aufzufallen, Hilde Freundlichkeit zu erweisen, weil es sich instinktiv in Hilde schuld fühlt. Es kann sich auch immer noch vor sich selbst freimachen, indem es dem Lehrer den fortgenommenen Kasten bringt, der darüber nichts verlaufen lassen wird, woher er kam. Und eine Mutter hat nicht nötig, sich um ihr Kind zu ängstigen, das bis zur Schulzeit niemals etwas nahm und das nun „Dieb“ geschimpft worden ist wegen einer Dummheit, einer Ueberheblichkeit, die sein kleiner Verstand nicht übernahm.

Liebevolles Verständnis, Geduld und Güte, Eingehen auf die Kinder-Psychologie, die Kinder-Gemütsverfassung — das ist alles, was dazu gehört, solche Methoden durchzuführen, zum Ruhm des Lehrers und der Kinder. — Wer mit starken und groben Mitteln erzihen will, wird immer stärkere und größere wachen müssen, wenn er auf die Dauer überhaupt noch Eindruck herorrufen will. — Umstellung tut vielerorts noch not! —

„Denke nicht, Dad, daß ich Angst habe. Ich zittere ein wenig, das ist wahr. Aber die Kinder... Und dann, ist das nicht jämmerlich bitter: das ganze Leben für die Kohle zu schustern, und jetzt rächt sich die Kohle an uns auf solche grausame Weise! Man muß aber doch Geduld haben, Dad. Was soll man anfangen! Um jeden Preis muß man durchhalten. Sonst erschläft einer, dann der zweite, und die ganze Sache ist verloren. Morgen werde ich unseren Frauen vorschlagen, nach der Reihe zu heizen und die Kinder zu erwärmen. Und im allgemeinen ist noch unsere Lage nicht so kritisch. Ich kann ja meine Sonntagskleid verkaufen, die du mir am Hochzeitstag geschenkt hast.“

Dad näherte sich dem Bett. „Wir müssen durchhalten. Und wir werden alles ertragen, solange ich Dad Sweeft heiße, nicht wahr, Mite...?“

Nach drei Tagen bekam Bill zuerst Kopfschmerzen, dann Halsentzündung, dann Rückenstechen, dann alles zusammen.

Er lag im Bett, in zwei Decken und zwei Mäntel gehüllt. Die Augen hielt er geschlossen. Er machte sie bloß auf, um mit Susi zu sprechen, da er ohne sie nicht leben konnte.

Mary-Anna, die die Hälfte ihrer Schönheit verloren hatte, schlummerte zu seinen Füßen.

„Susi,“ sagte Bill, „ist es gerecht, daß wir das ganze Leben für die gute Kohle geschuftet haben. Die jetzt so schlimm ist?“

Susi schweig.

„Susi,“ sagte wiederum Bill. „mir scheint, ich bin jetzt krank genug, daß ich Milch bekomme, was meinst du?“

Susi schweig.

„Susi,“ sagte Bill zum dritten Male. „Unsere Lage ist ja nicht so kritisch. Ich kann noch meine Annisobalen verkaufen, die du mir zum Ramenstag geschenkt hast. Wir müssen aber durchhalten. Sonst erschläft einer, dann der zweite, und die ganze Sache ist verloren. Wir werden alles ertragen, solange ich Dad Sweeft heiße — nicht wahr, Mite?“

„Ja — —“ kicherte Susi.

## „Arbeitslose“ Pflanzen und Tiere.

Technik besiegt Natur, aber Natur besiegt auch Technik.

Das Vordringen der Technik macht nicht nur Menschen arbeitslos, sondern auch Tiere und Pflanzen. Selbst die bisher ziemlich unwegsame Wüste Sahara wird allmählich von Automobil und Lastzug erobert, die die neuen „Schiffe der Wüste“ darstellen sollen. Das Kamel, das bisher Alleinherrscher auf dem Gebiet des Wüstenverkehrs war, wird allmählich ausgeschaltet und es ist sicherlich der Tag nicht fern, wo auch diese Tiere arbeitslos geworden sein werden. Je größer der wirtschaftliche Austausch der Völker wird, desto weniger genügen die primitiven Bedingungen, unter denen sich in den Wüstengebieten Afrikas und Asiens Handel und Wandel bisher mit Hilfe der Kamel vollzieht, den heutigen Ansprüchen. Wir müssen schneller und billiger arbeiten als unsere Väter und Urhahnen, darum ist es nicht haltbar, daß sich dort der Verkehr noch in genau derselben Weise vollzieht, wie zur Zeit des Erzvaters Abraham vor mehreren tausend Jahren. Die letzten Jahrzehnte haben in den abweiserten Ländern den Sieg des Automobils gebracht, durch das besonders in Großstädten und im Lastenverkehr das Pferd fast völlig verschunden ist. Eine Arbeitslosigkeit größten Stils ist unter diesen Tieren eingetreten, und nur der Schlachthof ist die Stätte, wo sie noch in großen Haufen zu sehen sind.

In noch größerem Umfang hat die moderne Wissenschaft Arbeitslosigkeit unter Pflanzen geschaffen, die früher wegen ihres Farbzeichens ungewöhnlich begehrt und teuer waren. Man denke nur

an die Indigopflanze, aus der das berühmte Indigoblau gewonnen wird. Besonders der japanische Indigo wurde vielfach verwendet, da er nicht weniger als 70 bis 80 Proz. Indigoblau enthält. Deutschland hat viel Geld für diese Farbpflanze ausgegeben, bis es vor ungefähr 50 Jahren gelang, auf künstlichem Wege die Farbe herzustellen. Noch im Jahre 1895 führte Deutschland 18 000 Doppelzentner Indigo aus Indien und Japan ein. Fünf Jahre später war diese Menge bereits auf den dritten Teil mit kaum 6000 Doppelzentnern zusammengeschrumpft und weitere fünf Jahre betrug sie kaum noch 1000 Doppelzentner. Während also in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ungefähr 10 bis 15 Millionen Mark alljährlich ins Ausland gingen, blieb jetzt das Geld im Lande.

In ähnlicher Weise ist auch das Schicksal der Purpurschnecke verlaufen. Bei den alten Griechen und Römern, ebenso wie im Mittelalter, war die Purpurfarbe als besonders köstlich angesehen, denn sie war sehr selten. Purpurstoffe wurden nur von den Vornehmsten und Reichsten getragen. Aus diesem Grunde war die kleine Stachelschnecke der Gattung Murex, die man in früheren Jahrhunderten zur Herstellung der Purpurfarbe verwendete, begehrt und teuer. Aber auch ihre Schicksalsstunde hatte geschlagen, als die Anilinfarben auftauchten, und sie ist ebenso arbeitslos geworden wie die farbenpendenden Blumen. Zuvor trat durch die Verwendung der chemischen Farbstoffe eine starke Verbilligung der damit getränkten Waren ein, aber dies gereichte ihnen nicht zum Vorteil, denn die neuen Farben waren nicht im entferntesten den alten zu vergleichen. Fast jeder Mensch kennt die wundervollen alten Perleppische, die trotz aller Buntheit der Farbgestaltung doch einen ruhigen, schlichten und vornehmen Eindruck machen. Wie die tausendfältigen bunten Seide sind so gegeneinander abgetönt, daß sie einen einheitlichen künstlerischen Eindruck hervorruhen. Diejenige Purpur hatten aber nur die Pflanzenfarbstoffe, während die Anilinfarben grell sind und bei weitem nicht die Lichtfestigkeit aufweisen wie die alten, dem Indigo und der Purpurschnecke entnommenen Farbtöne.

Technik ist es auch mit der Seide. Der Seiden Spinner hat einen scharfen Konkurrenten in der Kunstseide erhalten, aber er ist trotzdem nicht arbeitslos geworden, denn noch heute ist die reine Seide der Kunstseide bei weitem überlegen. Die Technik besiegt also die Natur, aber die Natur besiegt auch die Technik.

Eine Milliarde Nachkommen. Die Fruchtbarkeit niederer Tiere ist besonders dann sehr hoch, wenn sich die Eier parthenogenetisch entwickeln, d. h. ohne Befruchtung. Solche Tiere sind beispielsweise die Wasserflöhe, die in der Regel fast während des ganzen Jahres aus unbefruchteten Eiern hervorgehen. Wie hoch die Zahl der Nachkommen ist, zeigt eine neue Untersuchung von J. Bourguillaut de Kerheroe am Großen Wasserfloh (Daphnia magna). Diese Tiere werfen in kurzen Zwischenräumen von einigen Tagen ihre Haut ab, und dabei gelangen die Jungen, die sich inzwischen im Brutraum zwischen den beiden Schalenklappen aus den Eiern entwickelt haben, ins freie Wasser und schwimmen davon. Der Forscher beobachtete eine größere Zahl solcher Wasserflöhe in kleinen Gefäßen in Einzelhaft und stellte die Zahl der bei jeder Häutung abgelegten Jungen fest. So lieferte ein Tier in der Zeit vom 2. Juni bis 14. August 18 Gelege von zusammen 667 Nachkommen, ein anderes brachte in 17 Gelegen 776 Nachkommen hervor. Die Zahl der in den einzelnen Gelegen erzeugten Eier ist verschieden. Im ersten Gelege beträgt sie im Durchschnitt 24, im 2. Gelege 40, im 4. Gelege 60 usw. Vom 9. Gelege ab nimmt die Zahl der Nachkommenschaft wieder ab. Da jedes Tier schon bald nach der Geburt selbst mit der Eiproduktion beginnt, ist die Vermehrung der Wasserflöhe natürlich sehr groß. So berechnet Kerheroe, daß die Nachkommenschaft eines einzigen Tieres sich schon nach 8 Generationen — also nach wenigen Wochen nur — auf etwa 1 Milliarde Tiere beläuft! Natürlich ist dies nur eine theoretische Zahl, denn im Freien werden die meisten Tiere bald von Fischen weggeschluckt.

